



IZMR Bielfeldtweg 26 [D-21682] STADE

jP. Generalbundesanwalt bei der Generalbundesanwaltschaft

1. Brauerstraße 30
76135 Karlsruhe
Telefon: (0721) 81 91 0
Telefax: (0721) 81 91 59 0
eMail: poststelle@generalbundesanwalt.de
www.generalbundesanwalt.de
2. Karl-Heine-Straße 12
04229 Leipzig
Telefon: (0341) 48 73 70
Telefax: (0341) 48 73 79 7

**Verletzung des Natur-, Völker- und Grundrecht durch Volksverhetzung
und viele andere Nebenstraftaten gegen Menschen (§§ 220 a, 221 StGB, VStGB)**

Öffentliche Strafanzeige vom Vollzugamt in Art. 1, 132, 142-149 genfer Abkommen IV
Internationales Zentrum für Menschenrecht, Bielfeldtweg 26, D-21682 STADE

Grund: Veröffentlichung zur Volksverhetzung „Reichsbürger“

Satz: Ralph Gabriel, Wien

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH
ISBN: 978-3-00-048341-7

Verletzung des Art. 1-4 Grundrecht aus politischen Gründen und des Glaube

Seite 8 „..... Hingegen konstruiert sich der Fantast aus seiner Gedankenwelt, seinen Überzeugungen und nicht zusammenhängenden Realitätsbruchstücken eine Welt, an die er glaubt, hier geht es also um „Glauben“.“

Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

**Menschen müssen von einem System freigestellt werden,
wenn Sie an das politische System nicht mehr glauben, denn der Glaube ist frei.**

Die Strafanzeige wird gerichtet gegen die Verantwortlichen der Personen:

- **Demos – Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung**
 - **in Trägerschaft von „Demokratie und Integration Brandenburg e.V.“**
 - **Brandenburger Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH**
- **Satz: Ralph Gabriel, Wien zu ISBN: 978-3-00-048341-7**
- **Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH**
- **jP. Land Brandenburg, Sächsisches Staatsministerium des Innern, Innenminister**
- **sowie insbesondere gegen Dirk WILKING, Jan-Gerrit KEIL, Alexander SCHULZE,**
- **Trystan STAHL, Christa CASPAR, Reinhard NEUBAUER**
- **sowie Michael HÜLLEN, Heiko HOMBURG und Yasemin Desiree KRÜGER**
- **Daniel BEHREND, Miriam El BALI, Nina KLATT und Heike DAHLHELM**

wegen

- **Volksverhetzung und Volksverhetzung zum Völkermord,**
- **Anstiftung zu Aussetzung,**
- **Rechtraub durch Rechtbeugung,**
- **unterlassenen Diensthandlungen**
- **schweren Körperverletzungsfolgen durch**
 - **Bedrohung, Nötigung, Erpressung, Zwangsvertrag (Ehe), Geiselnahme**
 - **Freiheitsberaubung und erpresserischen Menschenraubes**
sowie versuchtem Totschlag des Menschen durch Zwangspersonifikation
 - **Todesfolge Mord von Menschen.**
- **Und alle in Frage kommenden Straftaten nach VStGB und IStGB (§ 220a StGB).**

Vorsatz

zur Volksverhetzung und anderen gemeingefährlichen Straftaten besteht, denn im Handbuch der „Reichsbürger“ werden die völkerrechtlichen Grundrechtverletzungen gegen

Menschen

aus politischen Gründen zwar erkannt, die sich nach dem natur- und völkerrechtlichen Domizilrecht als Mensch von der politisch irrig geführten Personifikation gemäß Art. 132 Genfer Abkommen IV durch Vertrag 0.518.51 unbedingt trennen möchten; doch gerade diese geschützten Personen sind die Opfer der verhetzenden Straftaten aus dem Handbuch.

Seite 28 „..... Nach hiesiger Auffassung handelt es sich jedoch um Menschen, die sich vom politischen System abgewandt haben, weil sie ihre Werte politisch nicht mehr vertreten fühlen. Daher kann dieser Teil des „Reichsbürger“-Spektrums mit dem Begriff der „Staatsverdrossenheit“ charakterisiert werden. In Brandenburg versuchen bundesweit operierende Aktivisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu – u.a. Mustafa Selim Sürmeli mit seinem „Internationalen Centrum für Menschenrechte/Zentralrat Europäischer Bürger“ aus Stade bei Hamburg – Einfluss zu gewinnen....“

Die ganze Zeit wird den Menschen innerhalb der simulierten jP. Bundesrepublik Deutschland eine heile Welt vorgespielt. Wer aufwacht und Fragen stellt, um Antworten zu bekommen, wird als „Reichsbürger“ in der Verwaltungspraxis der Behörden aus juristischer Sicht zu Unrecht abgestempelt und formaljuristisch absolut rechtlos gestellt. In Wirklichkeit handelt es sich bei den Opfern um schwer posttraumatisch veränderte Menschen, weil die Gründe der Internierung als Person analog § 112 BPersVG entfallen und sie sich vom System befreien möchten.

Das Handbuch „Reichsbürger“ ruft zum Verfassungsbruch gegen die öffentliche Ordnung auf, um Grundrechte zu verletzen. Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden. Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.

Die jP. Bundesrepublik Deutschland darf vertraglich nur obligatorisch, also nur schuldhaft verpflichtet handeln. Nach Art. 20 GG ist die jP. Bundesrepublik Deutschland ein sozialer Bundesstaat, in dem Pflicht zur Auskunft, Aufklärung und Beratung besteht. Die Behörden wenden aber NS-Gesetze an, um mit dem Begriff „Rechtsberatung“ die Anfragen nicht zu beantworten, Telefonanfragen abzubreaken und Hausverbote zu erteilen, um so Kosten und Ärger für die Opfer zu organisieren.

Das sind verbotene Eingriffe und Leistungen der Verwaltung. Daher kann keine Aufklärung erfolgen, denn Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus der Unmündigkeit durch Personifikation. Anstatt in den Stellen der öffentlichen Verwaltung den juristischen Funktionsbediensteten nach Art. 144 Genfer Abkommen IV nach Vertrag 0.518.51 die vorrangigen völkerrechtlichen Pflichten beizubringen, wird in dem Handbuch „Reichsbürger“ zu Straftaten aufgerufen, um die Menschen in den Grundrechten schwer und auf Dauer zu verletzen.

Es handelt sich bei den Opfern der Behörden um Menschen mit einer dauerhaften Persönlichkeit-änderung nach Extrembelastung, -als Opfer der Personifikation-, gemäß ICD-10 zu F62.0 durch

- andauerndes Ausgesetztsein lebensbedrohlichen Situationen (Behörden-Terror),
- andauernde Gefangenschaft mit unmittelbaren Gefährdungshandlungen der Not,
- Folter im katastrophalen Notstand, Notwehr und Selbsthilfe der Existenz unter einer arglistig-heimtückischen und gewalttätigen Leistungs- und Eingriffsverwaltung,
- Konzentrationslagererfahrungen nach dem genfer Abkommen III und IV ,
- Zwangspersonifikation des geistig lebenden Menschen.

Die Menschen werden in der Psychose einer Staatsillusion des UN-Rechts durch Angst und Gewalt ins Leid getrieben und so krank gemacht. Dies alles geschieht unter Vorsatz, und hat zur Folge, daß die Menschen dem UN-Recht schutzlos ausgeliefert sind. Gesunde Menschen werden in der Illusion gegen die Realität von juristisch funktionalen Ich-Psychosen reaktiv depressiv durch

**Aussetzung, Bevormundung, Diskriminierung,
Ruinierung, Kriminalisierung, Psychiatrisierung**

in Ihren Rechten im UN-Recht durch Personifikation bewußt krank gemacht,

denn jeder Mensch erkrankt, wenn die Schläge dicht, hart und lang genug sind. Es handelt sich um strafbare schwere Körperverletzung, da eine Persönlichkeitsveränderung herbeigeführt wird.

Im Handbuch „Reichsbürger“ werden Menschen wegen nicht politischer Ansichten, wegen dem Glauben, diskriminiert und durch Volksverhetzung an den öffentlichen Stellen der Verwaltung zur Aussetzung ausgerufen. Denn zwischen dem Schein und Sein liegt eine arglistige Täuschung vor, die die Existenz der Menschen lebensbedrohlich gefährdet.

In diesem Handbuch „Reichsbürger“ werden die besonders zum Schutz der Menschen verpflichteten juristischen Funktionsbediensteten zu Straftaten durch Rechtbeugung und unterlassene Diensthandlungen aufgerufen.

Dieses volksverhetzende Handbuch wird von Verantwortlichen der jP. Landespräventionsrat Sicherheitsoffensive Brandenburg und Landespräventionsrat Sachsen gegen Art. 1-4 Grundrecht gefördert, obwohl die Menschenwürde unverletzlich ist und deswegen von allen staatlichen Stellen absolut zu schützen und zu achten ist. Wenn Sie die Menschen vom System abwenden, Fragen stellen und Antworten suchen, um Sie durch Aufklärung zu befreien, dann werden Sie durch Unsere Bediensteten in den Behörden förmlich durch

**Aussetzung, Bevormundung, Diskriminierung,
Ruinierung, Kriminalisierung, Psychiatrisierung**

mißhandelt und mit der Personen-Pschose als schwerbehindert ausgesetzt! Selbst bei Annahme einer Behinderung nach Art. 3 Grundrecht darf niemand wegen einer Behinderung und Krankheit benachteiligt werden.

In dem Handbuch werden diese mental völlig gesunden Menschen, die Ihrer Staatsverdrossenheit und Systemkritik Ausdruck verleihen, genau deswegen zwischen Wahn und Rollenspiel veralbert und diffamiert. Gleichzeitig werden durch dieses Handbuch die juristischen Funktionsbediensteten, die den Menschen in besonderer Weise verpflichtet sind, zur Täter- bzw. Mittäterschaft angestiftet. Die so aufgehetzten juristischen Funktionsbediensteten sollen – im Sinne des o. g. Handbuchs – sich gegenseitig Beihilfe zu Kettenstraftaten gewähren, sich gegenseitig decken und gegen jedes Recht die Menschen auf diese Weise in Ihrem Recht noch massiver und nachhaltiger verletzen.

§ 25 StGB Täterschaft

Als Täter wird bestraft, wer die Straftat selbst oder durch einen anderen begeht. Begehen mehrere die Straftat gemeinschaftlich, so wird jeder als Täter bestraft (Mittäter).

§ 26 StGB Anstiftung

Als Anstifter wird gleich einem Täter bestraft, wer vorsätzlich einen anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat bestimmt hat.

§ 27 StGB Beihilfe

Als Gehilfe wird bestraft, wer vorsätzlich einem anderen zu dessen vorsätzlich begangener rechtswidriger Tat Hilfe geleistet hat.

In Wirklichkeit übertragen die juristischen Funktionsbediensteten in den Behörden selbst ihre Personenbehinderung auf Menschen und begehen schwer Straftaten gegen das Völkerrecht durch die verbotene Leistungs- und Eingriffsverwaltung, um sich selbst durch diese Straftaten zu finanzieren.

Durch den künstlich erzeugten Rechtsmangel entsteht erst die zur Rede stehende Menschenrechtverletzung, aus der die Menschen ihren Glauben an das System verlieren.

Dabei handelt es sich bei diesem Handbuch „Reichsbürger“ um Volksverhetzung mit einer "Empfehlungsnote" an die jP. Funktionsbediensteten in den Behörden. Seite 88 f.: (HH) - Heil Hitler

„ Diesem Ansinnen ist mit einer nüchternen, anonymen Bearbeitung auf der zuständigen Sachbearbeiterebene zu begegnen. Widersprüche von „Reichsbürgern“ werden bearbeitet wie ganz normale Widersprüche sonst auch. Am besten ist es, mit einem kurzen Zweizeiler auf der Meta-Ebene zu antworten:

„Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage wird ihr Widerspruch aus sachlichen Gründen abgelehnt.“

Der Dienstweg sollte formal exakt eingehalten werden, ohne daß der inhaltlichen Debatte eine besondere Beachtung geschenkt wird. Auch am Telefon ist eine Durchstellung zum Vorgesetzten und alles Verhalten, das der Aufwertung des Vorgangs dienen könnte, zu vermeiden. In keinem Fall darf dem Wahngelbde durch besondere Aufmerksamkeit in der Art der Bearbeitung zusätzlich Nahrung gegeben werden....".

Die Antworten Unserer juristischen Funktionsbediensteten aus den Behörden sind weder sachlich begründet, noch rechtlich glaubhaft gemacht. Sie sind in dieser Form unzulässig und strafbar, da es sich um gebilligte Willkür handelt (§ 80 VwGO, § 1 GVG – Billigkeit ist verboten).

Es handelt sich also um einen Aufruf zur Selbstjustiz durch Standgerichte in den Behörden. Hier wird gegen die objektive Theorie in der Wirklichkeit gegen das Recht der Verträge des Art. 26, 27 wiener Übereinkommen 0.111 verstoßen, um den Menschen zu brechen. Denn eine nichtreduzierbare Komplexität (kategorischer Imperativ) ist ein irreduzibel, originär und komplexes System, das aus mehreren zusammenpassenden und zusammenwirkenden Grundelementen besteht, die zur Grundfunktion beitragen. Wird irgendeines dieser Grundelemente entfernt oder neu erfaßt, so hat das zur Folge, daß das gesamte System effektiv zu funktionieren aufhört.

Verletzte völkerrechtliche Schutznormen:

völkerrechtliche Schutzvereinbarungen:

UN-RES A/66/462/Add.2, UN-RES 43/225, UN-A/RES/66/164, UN-A/RES/53/144,
UN-A/RES/53/625/Add. 2, UN-DOC A/C.5/43/18 sowie
UN-Resolution A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III) 56/83 zu ILC gemäß Art. 73 UN-Charta

AEMR = Allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10.12.1948

IPBPR = Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte v. 19.12.1966

EMRK = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950

EcoSoC = Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v. 19.12.1966

gemäß Art. 24 (2-3), 25 GG nach natürlich-völkerrechtlichem Vertrag

Art. 1, 125, 127 im Vertrag 0.518.42 genfer Abkommen

Art. 1, 142, 144 im Vertrag 0.518.51 genfer Abkommen

Das genfer Schutzabkommen, das unter allen Umständen einzuhalten und dessen Einhaltung durchzusetzen ist, ist verletzt,

Art. 1, 47, 48, 50, 64, 65, 66, 67, 70, 71, 142, 144 im Vertrag 0.518.51 genfer Abkommen IV

denn auf Nachfrage konnten die Tatbeschuldigten den Inhalt des Völkerrecht, insbesondere den Art. 144 genfer Abkommen nicht nennen und erklären. Diese menschenverachtende Veröffentlichung gegen das schutzwürdige Recht des Menschen wird völkervertragwidrig angewandt und in den Behörden vertragverletzend gegen Art. 1, 144 genfer Abkommen IV verbreitet. Dadurch werden die Menschen anstatt in Ihren Rechten geschützt zu werden, bewußt und zielgerichtet durch diese Praktiken in Ihren Rechten gegen das Natur-, Völker- und Grundrecht strafbar verhetzt.

Die einschlägigen Straftaten sind auch im VStGB und IStGB strafbar.

Art. 6 öffentliche Ordnung (ordre public) EGBGB

Eine Rechtsnorm, also das Gesetz der jP. Bundesrepublik Deutschland, eines anderen Staates (Rechtskreises) ist nicht anzuwenden, wenn ihre Anwendung zu einem Ergebnis führt, das mit wesentlichen Grundsätzen des deutschen Rechts offensichtlich unvereinbar ist. Sie ist insbesondere nicht anzuwenden, wenn die Anwendung mit den Grundrechten unvereinbar ist.

Die Menschen sind nicht in der Lage gegen das UN-Recht, wegen Unsachlichkeit auf Seite 88 im Handbuch „Reichsbürger“ objektiv zu reagieren und Ihre Rechte wahrzunehmen, um so einen Schaden abzuwenden, da der Behauptung die Tatsache des Beweises entzogen wird. Den Gefahrenbereich der Beweislast trägt die Stelle, die die Behauptung aufstellt. Sie muß die von ihr gemachte Behauptung beweisen und glaubhaft begründen. Es handelt sich bei dieser Argumentation um eine strafbare Handlung, da das Recht des Menschen standrechtlich durch gebilligte Willkür künstlich zur Selbstjustiz ausgesetzt wird.

Die jP. Bundesverfassungsgericht hat am 03.11.2015 unzweifelhaft festgestellt:

- Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist vor diesem Hintergrund grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt.
- Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden.

Die jP. Bundesrepublik Deutschland, die jP. Bundes- und Landesorganisationen, die jP. Bezirk, jP. Staat, jP. Länder, jP. Behörden, jP. Beamte und jP. Bedienstete sind nicht grundrechtsfähig!

Juristische Personen im Geltungsbereich des Grundgesetzes haben im öffentlichen Recht keine Grundrechte, denn nach der

Konfusions- und Durchscheinargumentation

können sie nicht Grundrecht verpflichtet und gleichzeitig Grundrecht berechtigt sein. Jede juristische Person, die mit Personen innerhalb des Grundgesetzes freiwillig einen Vertrag eingeht, ist nicht Grundrecht fähig. Deswegen muß Sich jeder geistiglebendige Mensch von ihnen distanzieren und jede Form von Personifikation mit und von ihnen absolut und kategorisch wegen dem Limes im Terminus der Laizität im Transzendenzbezug der Präambel und des Grundrecht ablehnen. Wenn die Menschen Ihren natürlichen Ausweg wählen, werden Sie gegen Art. 20 GG in der jP. Bundesrepublik Deutschland, im sozialen Bundesstaat, in dem

Pflicht zur Auskunft, Aufklärung und Beratung besteht,

in Ihren Rechten bewußt und mit voller Absicht verletzt und um Ihre Rechte gebracht, und zwar genauso wie es im Handbuch „Reichsbürger“ ausdrücklich und unmißverständlich in volksverhetzender Art und Weise und durch explizite Anstiftung zum Rechtsbruch nachdrücklich empfohlen wird. Diese Anleitungen zum Rechtsbruch der Menschen werden dann auch exakt so durchgeführt, wie sie von den Autoren des Handbuchs eindringlich vorgegeben sind. Das heißt, es werden Anfragen der Menschen nicht beantwortet, telefonische Anfragen werden einfach abgebrochen und es werden willkürlich Hausverbote erteilt. Durch solch ein Vorgehen sollen und wollen sich die juristischen Funktionsbediensteten um jeden Preis ihren Pflichten, die sie den Menschen gegenüber haben, entziehen. Sie setzen durch dieses Verhalten das Recht der Menschen einfach aus, um die Menschen so nur noch tiefer in die Ecke ihres eigenen Schwachsinn und ihres eigenen Irrsinns zu treiben. Dabei sind sie es selbst, die juristischen Funktionsbediensteten, die einem kolossalen Irrtum erlegen sind und durch das Handbuch „Reichsbürger“ mit voller Absicht und Berechnung darin bestärkt werden sollen.

Das bedeutet, im Transzendenzbezug der Präambel und im Grundrecht kommen sie gar nicht vor, denn sie sind als Schatten nur erfundene, real nicht existente Funktionen, die es auf Erden, im wirklichen Leben, gar nicht gibt. Im Gegensatz zu ihnen ist der Mensch jedoch lebendig und real existent. Er ist sowohl das Recht als auch Träger von Rechten seit Seiner Geburt.

Aus diesem Grund ist die jP. Bundesrepublik in Art. 24 (3) GG nur obligatorisch tätig und ist an das natürliche Völkerrecht in Art. 1, 132, 142-149 Genfer Abkommen IV. im außervertraglichen Schuldverhältnis in Art. 25 GG, Art. 6, 38-42 EGBGB vor Bundes- und Landesgesetzen gebunden. Da die jP. Bundesrepublik Deutschland nach Art. 24 (3) GG keine Rechte hat, ist sie als Verband juristischer Personen ohne Grundrechte und deshalb nicht

grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig, sondern nur schuldfähig,

denn für juristische Personen des öffentlichen Recht(s) gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht.

Bezogen auf die Gültigkeit des Grundsatzes - "Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet" - vor dem Hintergrund, daß die deutsche (Zivil)Recht(s)ordnung vom römischen Recht geprägt ist, hat der zitierte römisch-rechtliche Recht(s)grundsatz "nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet" aus dem Corpus iuris civilis (D. 50, 17, 54) besondere Recht(s)bedeutung.

Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet!
Niemand kann mehr Recht übertragen, als er selbst hat!

Die Verschuldenshaftung der jP. Staat liegt in der Regel immer vor, da die jP. Bundesrepublik Deutschland durch ihre Leistungs- und Eingriffsverwaltung den Menschen in seinen Rechten immer in Not, Notwehr, Notstand und Selbsthilfe durch Rechtmangel hält. Die jP. Bundesrepublik ist immer obligatorisch und schuldig, da sie die Straftaten selbst durch die Mangelhaltung erst erzeugt. Deswegen läßt das Grundgesetz nur eine obligatorische jP. Bundesrepublik Deutschland zu. Trotzdem hat die Verseuchung durch das UN-Recht hier inzwischen flächendeckend um sich gegriffen.

Die Objektformel basiert auf der Verletzung der Menschenwürde. Das bedeutet, der konkrete Mensch wird zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, zur vertretbaren Größe, herabgewürdigt. Damit wird der Mensch durch den Staat oder durch seine Mitbürger zu nichts anderem als einem bloßen Objekt reduziert, das unter vollständiger Verfügung eines anderen Menschen steht. Er wird als eine x-beliebige Nummer eines Kollektivs, als ein Rädchen im Räderwerk behandelt und ihm wird damit jede eigene geistig-moralische oder gar physische Existenz durch Instrumentalisierung entzogen.

Rechtbankrott ist das Unvermögen der Rechtsordnung, der rechtunterworfenen Person das Recht zu verschaffen. Eine öffentliche Einrichtung, insbesondere eine Recheinrichtung offenbart Rechtbankrott, wenn sie Lügner an die Spitze gelangen läßt, Schmierer zu Schriftführern macht, Betrüger zu Kassierern, Fälscher zu Protokollanten, Hochstapler zu Beisitzern und Erpresser öffentlich zur privaten Rechtaufsicht ernannt.

Der geistig lebende Mensch ist kein Rechtsobjekt, sondern Rechtsträger. Auf Grund ständiger Gefährdungshandlungen im Rechtsmangel, hetzend im Handbuch „Reichsbürger“ gegen Menschen angeleitet, werden die

- Ganzheitlichkeit,
- unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte,
- unantastbare Menschenwürde
- vorrangigen Inhaber- und Urheberrechte sowie
- nicht reduzierbaren Komplexität

des Menschen durch die juristischen Funktionsbediensteten der jP. Bundesrepublik und deren Organisationen schwer verletzt, weil der ganzheitliche Mensch durch den dort immer wieder begangenen Rechtsbruch am Menschen zum Versuchsobjekt in den öffentlichen Stellen der Behörden degradiert wird.

Der Positivismus ist eine Richtung in der Philosophie, die fordert, Erkenntnis auf die Interpretation von „positiven“ Befunden, Mathematik oder Logik zu beschränken. Er zielt darauf ab, einen bestimmten und erwarteten Nachweis zu erbringen, der unter vorab im Experiment definierten Bedingungen festgelegt wurde.

Der Positivismus enthält überhaupt gar keinen Transzendenzbezug. Damit erfüllt er weder die Forderungen aus der Präambel noch die aus dem Grundrecht. Somit ist eine Rechtsbindung im Positivismus unmöglich und vollkommen und absolut ausgeschlossen. Der Transzendenzbezug ist nämlich die zwingend erforderliche Voraussetzung zur Rechtsbindung. Ohne diesen Bezug kann keine Rechtsbindung existieren. Der Mensch und das Recht sind

unverletzlich, unveräußerlich und nicht verhandelbar oder justiziabel.

Bei der Inzuchtdepression wird Erfolg und Mißerfolg, Recht, Gesetz, Verfassung, Völkerrecht und Legitimation amtlich behördlich mißachtet, um eine Vertrauensillusion des Staates aufrecht zu erhalten.

Das negative Interesse tritt als Fehler des Systems in den Vordergrund und führt auf dem direkten Weg zur hermetischen Inzuchtdepression und somit zur arglistigen Täuschung des Bürgers über das Recht(s)system. Dies führt durch den Verlust der objektiven Rechterlangungsmöglichkeiten zur Einschränkung des Rechts durch UN-Recht. Durch den Stillstand der objektiven Recht(s)pflege auf Grund dieses Staatsaufbaumangels kommt es zu Schäden und Schadenersatz durch Beschädigung des Eigentums und des Vermögens der Opfer. Die Eigentums- und Vermögensschäden führen dann zur unmittelbaren Einschränkung der Freiheit der Opfer.

Die Einschränkung der Freiheit führt zur Freiheitberaubung und Abwertung der Menschenrechte und Menschenwürde. In Massen entstehen Unruhen, im Übermaß entsteht Terrorismus, im Mix entsteht Krieg.

Bei der Inzuchtdepression werden die Opfer durch das System gemobbt und ruiniert. Die Irrationaltäter begehen Straftaten im Amt, die miteinander verkettet sind und gemeinschaftlich begangen werden.

Sie rehabilitieren sich anschließend selbst durch Persilscheine. Es handelt sich dabei um einen imaginären Staat mit einem komplexen Gebilde eines äußerst korruptionsdurchtriebenen Industriezweiges als organisiertes Verbrechen, bei dem die systematische Anwendung der Gesetze und die praktische Auslegung der Rechte keine objektive und entscheidende Rolle spielen. Die Justiz legitimiert objektiv den subjektiven Wahnsinn der Inzuchtdepression, weil der Staat ein Irrtumsprivileg besitzt.

Die nicht reduzierbare Komplexität, die Ganzheitlichkeit des Menschen, wird verletzt, denn Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus der verschuldeten Personifikation.

Das Handbuch "Reichsbürger" ruft gegen Art. 20 GG zu völkerrechtlichen Verbrechen auf, denn die Menschen werden aus politischen Gründen und nicht aus unsachlichem Recht nach Art. 132 Genfer Abkommen IV. diskriminiert und strafbar ausgesetzt, weil die

Aufklärung, Beratung und Auskunft

pflichtwidrig verweigert wird. Die Argumentation im Handbuch „Reichsbürger“ zur Rechtbeugung ist verfassungsgesetzlich gegen die Verfassungsgesetzgebung eine völkerrechtliche Straftat nach IStGB und VStGB gegen das Recht des Völkerrechts als Vertrag (Art. 6, 13 EMRK, Art. 1, 132, 142-149 Genfer Abkommen IV, Art. 24 (3), 25 GG).

Die geschädigten Menschen melden sich beim Amt der Menschen des Internationalen Zentrum für Menschenrechte, da ihre Grundrechte offensichtlich und offenkundig verletzt werden. Deswegen wird auch das Internationale Zentrum für Menschenrechte im o.g. Handbuch in gleicher Weise als "reichsdeutsch" in Verruf gebracht und ebenso in der medialen Öffentlichkeit als „reichsdeutsch“ denunziert!

Seite 28 f. „..... Nach hiesiger Auffassung handelt es sich jedoch um Menschen, die sich vom politischen System abgewandt haben, weil sie ihre Werte politisch nicht mehr vertreten fühlen. Daher kann dieser Teil des „Reichsbürger“-Spektrums mit dem Begriff der „Staatsverdrossenheit“ charakterisiert werden. In Brandenburg versuchen bundesweit operierende Aktivisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu – u.a. Mustafa Selim Sürmeli mit seinem „Internationalen Centrum für Menschenrechte/Zentralrat Europäischer Bürger“ aus Stade bei Hamburg – Einfluss zu gewinnen....“.

Die Objektformel basiert auf der Verletzung der Menschenwürde, wenn der konkrete Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, zur vertretbaren Größe herabgewürdigt wird. Dadurch wird der Mensch für den Staat oder auch für seine Mitbürger zu nichts anderem als einem bloßen Spielball, über den Dritte vollständige Verfügungsgewalt erhalten. Diese wird dann selbstredend mißbräuchlich gegen die geistig-moralische oder gar physische Existenz des Menschen gerichtet und ihm wird durch Eingliederung in ein Kollektiv unter Zwang jedes Recht, jede Freiheit und jede Würde geraubt.

Rechtbankrott ist das Unvermögen der Rechtsordnung, der rechtunterworfenen Person das Recht zu verschaffen. Eine öffentliche Einrichtung, insbesondere eine Rechtsanwaltskanzlei offenbart Rechtbankrott, wenn sie Lügner an die Spitze gelangen läßt, Schmierer zu Schriftführern macht, Betrüger zu Kassierern, Fälscher zu Protokollanten, Hochstapler zu Beisitzern und Erpresser öffentlich zur privaten Rechtsaufsicht ernennt.

Das Genfer Schutzabkommen ist verletzt, da die Menschen von ihm geschützt sind, die sich vom System trennen möchten.

Art. 1, 47, 48, 50, 64, 65, 66, 67, 70, 71, 142-149 im Vertrag 0.518.51 Genfer Abkommen IV

- Die Staaten verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen. Eine Einstellung der Strafverfolgung ist unzulässig und strafbar.
- Jede internierte Person soll vom Gewahrsamsstaat freigelassen werden, sobald die Gründe, welche ihre Internierung verursacht haben, nicht mehr bestehen.
- Den geschützten Personen, die sich in besetztem Gebiet befinden, sollen in keinem Falle und auf keine Weise die Vorteile des vorliegenden Abkommens entzogen werden, weder irgendeiner Veränderung wegen, die sich als Folge der Besetzung in den Institutionen oder der Regierung des in Frage stehenden Gebietes ergeben könnte, noch auf Grund einer zwischen den Behörden des besetzten Gebietes und der Besetzungsmacht abgeschlossenen Vereinbarung, noch auf Grund der Einverleibung des ganzen oder eines Teils des besetzten Gebietes durch die Besetzungsmacht.
- Geschützte Personen, die nicht Staatsangehörige der Macht sind, deren Gebiet besetzt ist, können unter den in Artikel 35 vorgesehenen Bedingungen das Recht zum Verlassen des Gebietes in Anspruch nehmen. Die Entscheidungen sollen auf Grund der Verfahrensvorschriften getroffen werden, die die Besetzungsmacht in Übereinstimmung mit dem erwähnten Artikel aufzustellen hat.
- Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmaß zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann. Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder anderen Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.
- Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, alle notwendigen gesetzgeberischen Maßnahmen zur Festsetzung von angemessenen Strafbestimmungen für solche Personen zu treffen, die irgendeine der im folgenden Artikel umschriebenen schweren Verletzungen des vorliegenden Abkommens begehen oder zu einer solchen Verletzung den Befehl erteilen. Jede Vertragspartei ist zur Ermittlung der Person verpflichtet, die der Begehung oder der Erteilung eines Befehles zur Begehung der einen oder andern dieser schweren Verletzungen beschuldigt sind und hat sie ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit vor ihre eigenen Gerichte zu ziehen.
Wenn sie es vorzieht, kann sie sie auch gemäß den ihrer eigenen Gesetzgebung vorgesehenen Bedingungen zur Aburteilung einer andern an der Verfolgung interessierten Vertragspartei übergeben, sofern diese gegen die erwähnten Personen ausreichende Beschuldigungen nachgewiesen hat. Jede Vertragspartei soll die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um auch diejenigen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zu unterbinden, die nicht zu den im folgenden Artikel umschriebenen schweren Verletzungen zählen.

- Als schwere Verletzungen, wie sie im vorhergehenden Artikel erwähnt sind, gelten jene, die die eine oder andere der folgenden Handlungen umfassen, sofern sie gegen Personen oder Güter begangen werden, die durch das vorliegende Abkommen geschützt sind: vorsätzlicher Mord, Folterung oder unmenschliche Behandlung, einschließlich biologischer Experimente, vorsätzliche Verursachung großer Leiden oder schwere Beeinträchtigung der körperlichen Integrität der Gesundheit, ungesetzliche Deportation oder Versetzung, ungesetzliche Gefangenhaltung, Nötigung einer geschützten Person zur Dienstleistung in den bewaffneten Kräften der feindlichen Macht oder Entzug ihres Anrechts auf ein ordentliches und unparteiisches, den Vorschriften des vorliegenden Abkommens entsprechendes Gerichtsverfahren, das Nehmen von Geiseln sowie Zerstörung und Aneignung von Gut, die nicht durch militärische Erfordernisse gerechtfertigt sind und in großem Ausmaß auf unerlaubte und willkürliche Weise vorgenommen werden.
- Eine Hohe Vertragspartei kann weder sich selbst noch eine andere Vertragspartei von den Verantwortlichkeiten befreien, die ihr selbst oder einer andern Vertragspartei auf Grund der im vorhergehenden Artikel erwähnten Verletzungen zufallen.
- Musterabkommen Vertrag 0.518.51 zu I Abs. 3g – schwere Gefangenen-Psychoneurose
- gehörige Feststellung durch Aussprache der Menschen
(Ich möchte es nicht, BRD- nein Danke, reicht aus!)

Anlage § 8 Abs. 6 Nr. 1 VStGB – Art. 20 (2) AEMR- UN-Charta

Die genfer Abkommen im Sinne des Gesetzes sind:

- **I. genfer Abkommen vom 12.08.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde (BGBl. 1954 II S. 781, 783),**
- **II. genfer Abkommen vom 12.08.1949 zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See (BGBl. 1954 II S. 781, 813),**
- **III. genfer Abkommen vom 12.08.1949 über die Behandlung der Kriegsgefangenen (BGBl. 1954 II S. 781, 838) und**
- **IV. genfer Abkommen vom 12.08.1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten (BGBl. 1954 II S. 781, 917).**

Das Zusatzprotokoll I im Sinne des Gesetzes ist: Zusatzprotokoll zu den genfer Abkommen vom 12.08.1949 über den Schutz der Opfer internationaler bewaffneter Konflikte (Protokoll I) vom 8. Juni 1977 (BGBl. 1990 II S. 1550, 1551).

Nach Völkerstrafgesetzbuch sind die Tatbestände im **Handbuch „Reichsbürger“** durch Anstiftung verwirklicht.

Völkerstrafgesetzbuch (VStGB)

VStGB

Ausfertigungsdatum: 26.06.2002

Vollzitat:

"Völkerstrafgesetzbuch vom 26. Juni 2002 (BGBl. I S. 2254)"

Fußnote

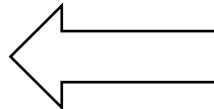
(+++ Textnachweis ab: 30. 6.2002 +++)

Das G wurde als Artikel 1 des G v. 26.6.2002 I 2254 vom Bundestag beschlossen. Es ist gem. Art. 8 dieses G am 30.6.2002 in Kraft getreten.

Teil 1 Allgemeine Regelungen

§ 1 Anwendungsbereich

Dieses Gesetz gilt für alle in ihm bezeichneten Straftaten gegen das Völkerrecht, für die in ihm bezeichneten Verbrechen auch dann, wenn die Tat im Ausland begangen wurde und keinen Bezug zum Inland aufweist.

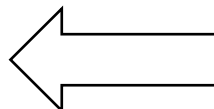


§ 2 Anwendung des allgemeinen Rechts

Auf Taten nach diesem Gesetz findet das allgemeine Strafrecht Anwendung, soweit dieses Gesetz nicht in den §§ 1 und 3 bis 5 besondere Bestimmungen trifft.

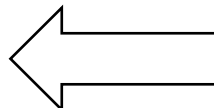
§ 3 Handeln auf Befehl oder Anordnung

Ohne Schuld handelt, wer eine Tat nach den §§ 8 bis 14 in Ausführung eines militärischen Befehls oder einer Anordnung von vergleichbarer tatsächlicher Bindungswirkung begeht, sofern der Täter nicht erkennt, dass der Befehl oder die Anordnung rechtswidrig ist und deren Rechtswidrigkeit auch nicht offensichtlich ist.



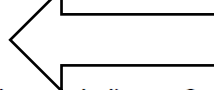
§ 4 Verantwortlichkeit militärischer Befehlshaber und anderer Vorgesetzter

(1) Ein militärischer Befehlshaber oder ziviler Vorgesetzter, der es unterlässt, seinen Untergebenen daran zu hindern, eine Tat nach diesem Gesetz zu begehen, wird wie ein Täter der von dem Untergebenen begangenen Tat bestraft. § 13 Abs. 2 des Strafgesetzbuches findet in diesem Fall keine Anwendung.



(2) Einem militärischen Befehlshaber steht eine Person gleich, die in einer Truppe tatsächliche Befehls- oder Führungsgewalt und Kontrolle ausübt. Einem zivilen Vorgesetzten steht eine Person gleich, die in einer zivilen Organisation oder einem Unternehmen tatsächliche Führungsgewalt und Kontrolle ausübt.

§ 5 Unverjährbarkeit



Die Verfolgung von Verbrechen nach diesem Gesetz und die Vollstreckung der wegen ihnen verhängten Strafen verjähren nicht.

Teil 2 Straftaten gegen das Völkerrecht

Abschnitt 1

Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit

§ 6 Völkermord

(1) Wer in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören,

1. ein Mitglied der Gruppe tötet,
2. einem Mitglied der Gruppe schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt,
3. die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,
4. Maßregeln verhängt, die Geburten innerhalb der Gruppe verhindern sollen,
5. ein Kind der Gruppe gewaltsam in eine andere Gruppe überführt,

wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft.

(2) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 bis 5 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

§ 7 Verbrechen gegen die Menschlichkeit

(1) Wer im Rahmen eines ausgedehnten oder systematischen Angriffs gegen eine Zivilbevölkerung

1. einen Menschen tötet,
2. in der Absicht, eine Bevölkerung ganz oder teilweise zu zerstören, diese oder Teile hiervon unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen,
3. Menschenhandel betreibt, insbesondere mit einer Frau oder einem Kind, oder wer auf andere Weise einen Menschen versklavt und sich dabei ein Eigentumsrecht an ihm anmaßt,
4. einen Menschen, der sich rechtmäßig in einem Gebiet aufhält, vertreibt oder zwangsweise überführt, indem er ihn unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts durch Ausweisung oder andere Zwangsmaßnahmen in einen anderen Staat oder in ein anderes Gebiet verbringt,
5. einen Menschen, der sich in seinem Gewahrsam oder in sonstiger Weise unter seiner Kontrolle befindet, foltert, indem er ihm erhebliche körperliche oder seelische Schäden oder Leiden zufügt, die nicht lediglich Folge völkerrechtlich zulässiger Sanktionen sind,
6. einen anderen Menschen sexuell nötigt oder vergewaltigt, ihn zur Prostitution nötigt, der Fortpflanzungsfähigkeit beraubt oder in der Absicht, die ethnische Zusammensetzung einer Bevölkerung zu beeinflussen, eine unter Anwendung von Zwang geschwängerte Frau gefangen hält,
7. einen Menschen dadurch zwangsweise verschwinden lässt, dass er in der Absicht, ihn für längere Zeit dem Schutz des Gesetzes zu entziehen,
 - a) ihn im Auftrag oder mit Billigung eines Staates oder einer politischen Organisation entführt oder sonst in schwerwiegender Weise der körperlichen Freiheit beraubt, ohne dass im Weiteren auf Nachfrage unverzüglich wahrheitsgemäß Auskunft über sein Schicksal und seinen Verbleib erteilt wird, oder
 - b) sich im Auftrag des Staates oder der politischen Organisation oder entgegen einer Rechtspflicht weigert, unverzüglich Auskunft über das Schicksal und den Verbleib des Menschen zu erteilen, der unter den Voraussetzungen des Buchstaben a seiner körperlichen Freiheit beraubt wurde, oder eine falsche Auskunft dazu erteilt,
8. einem anderen Menschen schwere körperliche oder seelische Schäden, insbesondere der in § 226 des Strafgesetzbuches bezeichneten Art, zufügt,
9. einen Menschen unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts in schwerwiegender Weise der körperlichen Freiheit beraubt oder
10. eine identifizierbare Gruppe oder Gemeinschaft verfolgt, indem er ihr aus politischen, rassischen, nationalen, ethnischen, kulturellen oder religiösen Gründen, aus Gründen des Geschlechts oder aus anderen nach den allgemeinen Regeln des Völkerrechts als unzulässig anerkannten Gründen grundlegende Menschenrechte entzieht oder diese wesentlich einschränkt,

wird in den Fällen der Nummern 1 und 2 mit lebenslanger Freiheitsstrafe, in den Fällen der Nummern 3 bis 7 mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren und in den Fällen der Nummern 8 bis 10 mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft.

(2) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren, in minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 bis 7 Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren und in minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 8 und 9 Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr.

(3) Verursacht der Täter durch eine Tat nach Absatz 1 Nr. 3 bis 10 den Tod eines Menschen, so ist die Strafe in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 bis 7 lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren und in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 8 bis 10 Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren.

(4) In minder schweren Fällen des Absatzes 3 ist die Strafe bei einer Tat nach Absatz 1 Nr. 3 bis 7 Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren und bei einer Tat nach Absatz 1 Nr. 8 bis 10 Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren.

(5) Wer ein Verbrechen nach Absatz 1 in der Absicht begeht, ein institutionalisiertes Regime der systematischen Unterdrückung und Beherrschung einer rassischen Gruppe durch eine andere aufrechtzuerhalten, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft, soweit nicht die Tat nach Absatz 1 oder Absatz 3 mit schwererer Strafe bedroht ist. In minder schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren, soweit nicht die Tat nach Absatz 2 oder Absatz 4 mit schwererer Strafe bedroht ist.

Abschnitt 2 Kriegsverbrechen

§ 8 Kriegsverbrechen gegen Personen

(1) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt

1. eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person tötet,
2. eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person als Geisel nimmt,
3. eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person grausam oder unmenschlich behandelt, indem er ihr erhebliche körperliche oder seelische Schäden oder Leiden zufügt, insbesondere sie foltert oder verstümmelt,
4. eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person sexuell nötigt oder vergewaltigt, sie zur Prostitution nötigt, der Fortpflanzungsfähigkeit beraubt oder in der Absicht, die ethnische Zusammensetzung einer Bevölkerung zu beeinflussen, eine unter Anwendung von Zwang geschwängerte Frau gefangen hält,
5. Kinder unter 15 Jahren für Streitkräfte zwangsverpflichtet oder in Streitkräfte oder bewaffnete Gruppen eingliedert oder sie zur aktiven Teilnahme an Feindseligkeiten verwendet,
6. eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person, die sich rechtmäßig in einem Gebiet aufhält, vertreibt oder zwangsweise überführt, indem er sie unter Verstoß gegen eine allgemeine Regel des Völkerrechts durch Ausweisung oder andere Zwangsmaßnahmen in einen anderen Staat oder in ein anderes Gebiet verbringt,
7. gegen eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person eine erhebliche Strafe, insbesondere die Todesstrafe oder eine Freiheitsstrafe verhängt oder vollstreckt, ohne dass diese Person in einem unparteiischen ordentlichen Gerichtsverfahren, das die völkerrechtlich erforderlichen Rechtsgarantien bietet, abgeurteilt worden ist,
8. eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person in die Gefahr des Todes oder einer schweren Gesundheitsschädigung bringt, indem er
 - a) an einer solchen Person Versuche vornimmt, in die sie nicht zuvor freiwillig und ausdrücklich eingewilligt hat oder die weder medizinisch notwendig sind noch in ihrem Interesse durchgeführt werden,
 - b) einer solchen Person Gewebe oder Organe für Übertragungszwecke entnimmt, sofern es sich nicht um die Entnahme von Blut oder Haut zu therapeutischen Zwecken im Einklang mit den allgemein anerkannten medizinischen Grundsätzen handelt und die Person zuvor nicht freiwillig und ausdrücklich eingewilligt hat, oder
 - c) bei einer solchen Person medizinisch nicht anerkannte Behandlungsmethoden anwendet, ohne dass dies medizinisch notwendig ist und die Person zuvor freiwillig und ausdrücklich eingewilligt hat, oder

9. eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person in schwerwiegender Weise entwürdigend oder erniedrigend behandelt,

wird in den Fällen der Nummer 1 mit lebenslanger Freiheitsstrafe, in den Fällen der Nummer 2 mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren, in den Fällen der Nummern 3 bis 5 mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren, in den Fällen der Nummern 6 bis 8 mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren und in den Fällen der Nummer 9 mit Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.

(2) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt einen Angehörigen der gegnerischen Streitkräfte oder einen Kämpfer der gegnerischen Partei verwundet, nachdem dieser sich bedingungslos ergeben hat oder sonst außer Gefecht ist, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft.

(3) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen bewaffneten Konflikt

1. eine geschützte Person im Sinne des Absatzes 6 Nr. 1 rechtswidrig gefangen hält oder ihre Heimkehr ungerechtfertigt verzögert,
2. als Angehöriger einer Besatzungsmacht einen Teil der eigenen Zivilbevölkerung in das besetzte Gebiet überführt,
3. eine geschützte Person im Sinne des Absatzes 6 Nr. 1 mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel zum Dienst in den Streitkräften einer feindlichen Macht nötigt oder
4. einen Angehörigen der gegnerischen Partei mit Gewalt oder durch Drohung mit einem empfindlichen Übel nötigt, an Kriegshandlungen gegen sein eigenes Land teilzunehmen,

wird mit Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren bestraft.

(4) Verursacht der Täter durch eine Tat nach Absatz 1 Nr. 2 bis 6 den Tod des Opfers, so ist in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 bis 5 Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren, in den Fällen des Absatzes 1 Nr. 6 Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren. Führt eine Handlung nach Absatz 1 Nr. 8 zum Tod oder zu einer schweren Gesundheitsschädigung, so ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren.

(5) In minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren, in minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 3 und 4 und des Absatzes 2 Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr, in minder schweren Fällen des Absatzes 1 Nr. 6 und des Absatzes 3 Nr. 1 Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren.

(6) Nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Personen sind

1. im internationalen bewaffneten Konflikt: geschützte Personen im Sinne der Genfer Abkommen und des Zusatzprotokolls I (Anlage zu diesem Gesetz), namentlich Verwundete, Kranke, Schiffbrüchige, Kriegsgefangene und Zivilpersonen;
2. im nichtinternationalen bewaffneten Konflikt: Verwundete, Kranke, Schiffbrüchige sowie Personen, die nicht unmittelbar an den Feindseligkeiten teilnehmen und sich in der Gewalt der gegnerischen Partei befinden;
3. im internationalen und im nichtinternationalen bewaffneten Konflikt: Angehörige der Streitkräfte und Kämpfer der gegnerischen Partei, welche die Waffen gestreckt haben oder in sonstiger Weise wehrlos sind.

§ 9 Kriegsverbrechen gegen Eigentum und sonstige Rechte

(1) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt plündert oder, ohne dass dies durch die Erfordernisse des bewaffneten Konflikts geboten ist, sonst in erheblichem Umfang völkerrechtswidrig Sachen der gegnerischen Partei, die der Gewalt der eigenen Partei unterliegen, zerstört, sich aneignet oder beschlagnahmt, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

(2) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen bewaffneten Konflikt völkerrechtswidrig anordnet, dass Rechte und Forderungen aller oder eines wesentlichen Teils der Angehörigen der gegnerischen Partei aufgehoben oder ausgesetzt werden oder vor Gericht nicht einklagbar sind, wird mit Freiheitsstrafe von einem Jahr bis zu zehn Jahren bestraft.

§ 10 Kriegsverbrechen gegen humanitäre Operationen und Embleme

(1) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt

1. einen Angriff gegen Personen, Einrichtungen, Material, Einheiten oder Fahrzeuge richtet, die an einer humanitären Hilfsmission oder an einer friedenserhaltenden Mission in Übereinstimmung mit der Charta der Vereinten Nationen beteiligt sind, solange sie Anspruch auf den Schutz haben, der Zivilpersonen oder zivilen Objekten nach dem humanitären Völkerrecht gewährt wird, oder
2. einen Angriff gegen Personen, Gebäude, Material, Sanitätseinheiten oder Sanitätstransportmittel richtet, die in Übereinstimmung mit dem humanitären Völkerrecht mit den Schutzzeichen der Genfer Abkommen gekennzeichnet sind,

wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft. In minder schweren Fällen, insbesondere wenn der Angriff nicht mit militärischen Mitteln erfolgt, ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr.

(2) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt die Schutzzeichen der Genfer Abkommen, die Parlamentärflagge oder die Flagge, die militärischen Abzeichen oder die Uniform des Feindes oder der Vereinten Nationen missbraucht und dadurch den Tod oder die schwere Verletzung eines Menschen (§ 226 des Strafgesetzbuches) verursacht, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft.

§ 11 Kriegsverbrechen des Einsatzes verbotener Methoden der Kriegsführung

(1) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt

1. mit militärischen Mitteln einen Angriff gegen die Zivilbevölkerung als solche oder gegen einzelne Zivilpersonen richtet, die an den Feindseligkeiten nicht unmittelbar teilnehmen,
2. mit militärischen Mitteln einen Angriff gegen zivile Objekte richtet, solange sie durch das humanitäre Völkerrecht als solche geschützt sind, namentlich Gebäude, die dem Gottesdienst, der Erziehung, der Kunst, der Wissenschaft oder der Wohltätigkeit gewidmet sind, geschichtliche Denkmäler, Krankenhäuser und Sammelplätze für Kranke und Verwundete, unverteidigte Städte, Dörfer, Wohnstätten oder Gebäude oder entmilitarisierte Zonen sowie Anlagen und Einrichtungen, die gefährliche Kräfte enthalten,
3. mit militärischen Mitteln einen Angriff durchführt und dabei als sicher erwartet, dass der Angriff die Tötung oder Verletzung von Zivilpersonen oder die Beschädigung ziviler Objekte in einem Ausmaß verursachen wird, das außer Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil steht,
4. eine nach dem humanitären Völkerrecht zu schützende Person als Schutzschild einsetzt, um den Gegner von Kriegshandlungen gegen bestimmte Ziele abzuhalten,
5. das Aushungern von Zivilpersonen als Methode der Kriegsführung einsetzt, indem er ihnen die für sie lebensnotwendigen Gegenstände vorenthält oder Hilfslieferungen unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht behindert,
6. als Befehlshaber anordnet oder androht, dass kein Pardon gegeben wird, oder
7. einen Angehörigen der gegnerischen Streitkräfte oder einen Kämpfer der gegnerischen Partei meuchlerisch tötet oder verwundet,

wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft. In minder schweren Fällen der Nummer 2 ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr.

(2) Verursacht der Täter durch eine Tat nach Absatz 1 Nr. 1 bis 6 den Tod oder die schwere Verletzung einer Zivilperson (§ 226 des Strafgesetzbuches) oder einer nach dem humanitären Völkerrecht zu schützenden Person, wird er mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft. Führt der Täter den Tod vorsätzlich herbei, ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren.

(3) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen bewaffneten Konflikt mit militärischen Mitteln einen Angriff durchführt und dabei als sicher erwartet, dass der Angriff weit reichende, langfristige und schwere Schäden an der natürlichen Umwelt verursachen wird, die außer Verhältnis zu dem insgesamt erwarteten konkreten und unmittelbaren militärischen Vorteil stehen, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft.

§ 12 Kriegsverbrechen des Einsatzes verbotener Mittel der Kriegsführung

(1) Wer im Zusammenhang mit einem internationalen oder nichtinternationalen bewaffneten Konflikt

1. Gift oder vergiftete Waffen verwendet,
2. biologische oder chemische Waffen verwendet oder
3. Geschosse verwendet, die sich leicht im Körper des Menschen ausdehnen oder flachdrücken, insbesondere Geschosse mit einem harten Mantel, der den Kern nicht ganz umschließt oder mit Einschnitten versehen ist, wird mit Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren bestraft.

(2) Verursacht der Täter durch eine Tat nach Absatz 1 den Tod oder die schwere Verletzung einer Zivilperson (§ 226 des Strafgesetzbuches) oder einer nach dem humanitären Völkerrecht zu schützenden Person, wird er mit Freiheitsstrafe nicht unter fünf Jahren bestraft. Führt der Täter den Tod vorsätzlich herbei, ist die Strafe lebenslange Freiheitsstrafe oder Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren.

Abschnitt 3 Sonstige Straftaten

§ 13 Verletzung der Aufsichtspflicht

(1) Ein militärischer Befehlshaber, der es vorsätzlich oder fahrlässig unterlässt, einen Untergebenen, der seiner Befehlsgewalt oder seiner tatsächlichen Kontrolle untersteht, gehörig zu beaufsichtigen, wird wegen Verletzung der Aufsichtspflicht bestraft, wenn der Untergebene eine Tat nach diesem Gesetz begeht, deren Vorstehen dem Befehlshaber erkennbar war und die er hätte verhindern können.

(2) Ein ziviler Vorgesetzter, der es vorsätzlich oder fahrlässig unterlässt, einen Untergebenen, der seiner Anordnungsgewalt oder seiner tatsächlichen Kontrolle untersteht, gehörig zu beaufsichtigen, wird wegen Verletzung der Aufsichtspflicht bestraft, wenn der Untergebene eine Tat nach diesem Gesetz begeht, deren Vorstehen dem Vorgesetzten ohne weiteres erkennbar war und die er hätte verhindern können.

(3) § 4 Abs. 2 gilt entsprechend.

(4) Die vorsätzliche Verletzung der Aufsichtspflicht wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren, die fahrlässige Verletzung der Aufsichtspflicht wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

§ 14 Unterlassen der Meldung einer Straftat

(1) Ein militärischer Befehlshaber oder ein ziviler Vorgesetzter, der es unterlässt, eine Tat nach diesem Gesetz, die ein Untergebener begangen hat, unverzüglich der für die Untersuchung oder Verfolgung solcher Taten zuständigen Stelle zur Kenntnis zu bringen, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren bestraft.

(2) § 4 Abs. 2 gilt entsprechend.

Verletzung der Rechtspaltung der Laizität:

- Präambel, Art. 1-4, 25, 140 GG, § 2 AO, § 112 BPersVG,
- Art. 53, 73, 107 UN-Charta, Art. 142 Genfer Abkommen IV.
- Art. 5,6 EGBGB, §§ 15-20 GVG, §§ 2, 43, 44 VwVfG, §§ 40, 80 VwGO

Die Verletzung der Rechtspaltung ist verfassungsrechtlich verboten und der Verwaltung(s)akt in der Regel ohne Ausnahme nichtig, weil folgende Straftaten damit verwirklicht werden:

§§ 123-129, 134, 142 BGB, § 129 ZPO, §§ 34, 43, 44 VwVfG, §§ 6, 11, 13, 14, 18, 23, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 80, 80a, 81, 83, 85, 86, 86a, 87, 88, 89b, 90b, 91, 100, 102, 103, 104, 105, 111, 123, 125a, 126, 127, 129, 129a, 130, 130a, 131, 132, 132a, 140, 145c, 145d, 166, 167, 169, 185, 186, 187, 211, 221, 223, 224, 226, 233, 233a, 233b, 234, 234a, 238, 239, 239a, 239b, 240, 242, 246, 248a, 248b, 249, 250, 252, 253, 257, 258, 258a, 260, 260a, 261, 263, 267, 269, 263, 315b, 315c, 316a, 323c, 331, 332, 336, 339, 340, 344, 345, 348, 357 StGB

Anstatt daß sich die juristischen Funktionsbediensteten selbst einmal kritisch mit den Argumenten der Menschen auseinander setzen, um mit den Menschen über die Lösung von behördlichen Fiktionsproblemen zu reden, die sie selbst verschuldet haben, kommen die verzweifelte Menschen auf Grund der unnatürlichen und unvernünftigen Verhaltensregeln der juristischen Funktionsbediensteten zu einem anderen Ergebnis, das im Handbuch „Reichsbürger“ als Absurdistan beschrieben wird. Selbstverständlich ist die jP. Bundesrepublik Deutschland nach Art. 65 GG ein verbundenes Geschäftsunternehmen nach dem Aktiengesetz und firmiert ausdrücklich funktionell geschäftlich in der Fiktionspraxis.



Eingetragener Firmenname	Bundeskanzleramt Federal Chancellery	
W	nicht eingetragene Bezeichnung oder Unternehmensteil	Kanzleramt
L	D-U-N-S® Nummer	342914780
L	Geschäftssitz - Headquarters	Brandtstr. 1
L	Postleitzahl	13467
L	Postalische Stadt	Berlin
	Land – country	Germany
W	Länder-Code - country code	276
	Postfachnummer	
	Postfach Stadt	
L	Telefon Nummer	018882722555
W	Fax Nummer	018882722555
	Name Hauptverantwortlicher	
W	Tätigkeit - activities (SIC)	9199

Durch Handlungen der Nichtbeantwortung oder Nichtentkräftung von Vorwürfen sowie Nichteinlassungen zu konkreten Fragen und die Aufklärungsverweigerung durch die juristischen Funktionsbediensteten müssen die Argumente der Menschen als wahr angenommen werden. Im Hintergrund dichten sich die juristischen Funktionsbediensteten die irre Meinung zurecht, der Mensch sei die Person. Tatsächlich sind sie selbst die Irren, die andere irre machen, obwohl sie als juristische Funktionsbedienstete ausschließlich obligatorisch tätig werden dürfen. Denn sie verletzen das Recht der Menschen ständig mit ihrem Personifikationswahn, weil die Person in der Rechtrealität nicht existiert, sondern nur der Mensch. Durch dieses Verhalten wird von den juristisch Funktionsbediensteten ihr eigenes geschlossenes System von Realität und Wahn geschaffen, das anders, als im Handbuch behauptet, ausschließlich auf ihrer Seite vorhanden ist und nicht auf Seite der Menschen, die systemkritisch sind und völlig haltlos aber einzig aus diesem Grund als psychisch Kranke, die unter Wahnvorstellungen leiden, dargestellt und degradiert werden. Die Rechtrealität wird durch die Verfasser des Handbuchs „Reichsbürger“ genau spiegelverkehrt beschrieben. Das bedeutet, sie präsentieren dort das Falsche, das UN-Recht, mit voller Absicht und ganz bewußt als das Richtige und das Richtige, nämlich das Recht der Menschen ganz gezielt als das Falsche.

Es ist äußerst zweifelhaft, wie die psychiatrischen Diagnosen in dem Handbuch „Reichsbürger“ zustande gekommen sind, wenn die „Reichsbürger“ nach Art des Hauses von fiktionalen Ich-Psychosen funktionell bewertet werden; denn es gibt kein „gut“ und „böse“ im Naturrecht. Alle Vorwürfe, die in dem Handbuch „Reichsbürger“ gegen Menschen behauptet werden, sind die eigenen Angst- und Lügen-Psychosen der Verfasser. Das Handbuch „Reichsbürger“ ist verfassungswidrig und volksverhetzend, denn nach Art. 20 GG ist die jP. Bundesrepublik Deutschland nur ein sozialer Bundesstaat.



Bundesverfassungsgericht

Beschluß vom 03. November 2015 - 1 BvR 1766/15

BVerfG, Beschluß der 2. Kammer des Ersten Senats vom 03. November 2015

- 1 BvR 1766/15 - Rn. (1-9), http://www.bverfg.de/e/rk20151103_1bvr176615.html

- [Nr. 93/2015 vom 15. Dezember 2015](#)

Die Verfassungsbeschwerden werden nicht zur Entscheidung angenommen. Annahmegründe nach § 93a Abs. 2 BVerfGG liegen nicht vor. Den Verfassungsbeschwerden kommt weder grundsätzliche verfassungsrechtliche Bedeutung zu, noch ist ihre Annahme zur Durchsetzung der von der Beschwerdeführerin als verletzt gerügten Grundrechte angezeigt. Sie sind unzulässig.

Der Beschwerdeführerin fehlt es an der erforderlichen Beschwerdebefugnis, denn sie ist im Hinblick auf die von ihr geltend gemachten Grundrechte nicht grundrechtsfähig (Art. 19 Abs. 3 GG).

Nach § 90 Abs. 1 BVerfGG kann „jedermann“ mit der Behauptung, durch die öffentliche Gewalt in einem seiner Grundrechte oder grundrechtsgleichen Rechte verletzt zu sein, Verfassungsbeschwerde erheben. **Beschwerdefähig ist demnach, wer Träger eines als verletzt gerügten Grundrechts oder grundrechtsgleichen Rechts sein kann** (vgl. BVerfGE 129, 78 <91>; BVerfG, Beschluß des Ersten Senats vom 16. Dezember 2014 - 1 BvR 2142/11 -, NVwZ 2015, S. 510 <511>). Grundrechtsträger sind nach Art. 19 Abs. 3 GG auch inländische juristische Personen, soweit Grundrechte betroffen sind, die ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind. Allerdings dienen die Grundrechte vorrangig dem Schutz der Freiheitssphäre des einzelnen Menschen als natürlicher Person gegen Eingriffe der staatlichen Gewalt (vgl. BVerfGE 15, 256 <262>; 21, 362 <369>; 59, 231 <255>; 61, 82 <100 f.>; 65, 1 <43>). **Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist vor diesem Hintergrund grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt** (vgl. BVerfGE 21, 362 <369 f.>; 45, 63 <78>; 61, 82 <101>; 68, 193 <206>; 70, 1 <15>; 75, 192 <197>; 85, 360 <385>; BVerfG, Beschluß des Ersten Senats vom 16. Dezember 2014 - 1 BvR 2142/11 -, NVwZ 2015, S. 510 <511 f.>). **Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden** (vgl. BVerfGE 45, 63 <79 f.>; 68, 193 <212 f.>; 128, 226 <245 f., 247>). Eine Ausnahme von diesem Grundsatz gilt für solche juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die von den ihnen durch die Rechtsordnung übertragenen Aufgaben her unmittelbar einem durch bestimmte Grundrechte geschützten Lebensbereich zugeordnet sind, wie Universitäten und Fakultäten (vgl. BVerfGE 15, 256 <262>), öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten (BVerfGE 31, 314 <322>; 59, 231 <254>; 78, 101 <102 f.>) und Kirchen (BVerfGE 18, 385 <386 f.>; 42, 312 <322>; 66, 1 <19 f.>).

Die Beschwerdeführerin ist eine juristische Person des Privatrechts, deren Gesellschafter ausschließlich Städte und Gemeinden sind.

Von einer weiteren Begründung wird nach § 93d Abs. 1 Satz 3 BVerfGG abgesehen.

Der soziale Bundesstaat hat nach §§ 13-15 SGB I mit Verfassungsrang **absolute Pflicht**

Aufklärung, Beratung und Auskunft

zu leisten. Und so werden durch die bewußt fehlinformierten juristischen Funktionsbediensteten, die selbst nicht grundrechtberechtigt sind, sondern einzig und allein dem Recht des Menschen verpflichtet sind, irrige Meinungen vertreten und die beschriebenen Konflikte gegen ihre eigene Pflicht und gegen das Recht zu UN-Recht gegen die Menschen in Absurdistan begangen.

Die Feststellungen und Handlungsempfehlungen im Handbuch „Reichsbürger“ verstoßen gegen die verfassungsgemäße Grundordnung der Präambel, gegen das Grundrecht und gegen das Grundgesetz sowie gegen das Völker- und Strafgesetzbuch, weil die Rechtspflicht zur Rechtsanbindung, zur Rechtgewährung und zur Rechtgarantie volksverhetzend verletzt werden.

Seite 86 „....

IV. Handlungsempfehlungen im Umgang mit „Reichsbürgern“ aus psychologischer Sicht

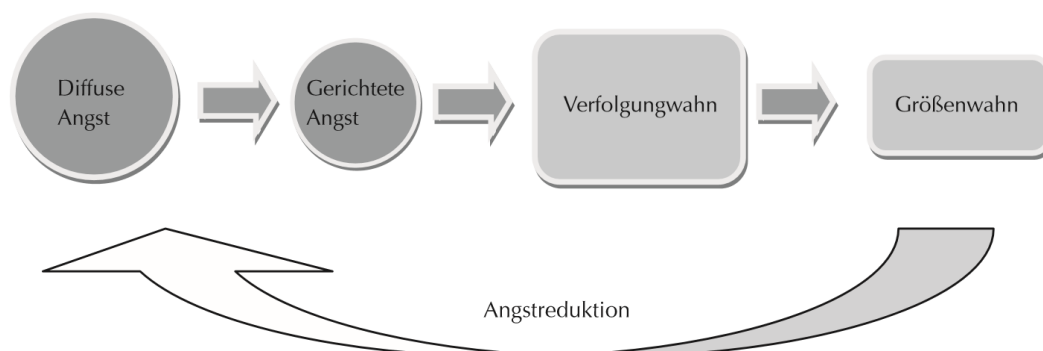
Die Kommunikation des „Reichsbürgers“ ist von vornherein nicht auf eine Konfliktlösung angelegt. Der „Reichsbürger“ will (politischer Provokateur) oder kann (wahnhaft gestörter Fanatiker) nichts zu einer konsensuellen Lösung beitragen. Hieraus ergeben sich mehrere Verhaltensempfehlungen für den Umgang und die Kommunikation mit „Reichsbürgern““!

Seite 87 „1. Eine inhaltliche Diskussion ist in jedem Falle zu vermeiden!...“

Offensichtliche und offenkundige Tatsache ist, dassim Zusammenhang mit der Feststellung BVerfGE 1 BvR 1766/2015 und der Aufhebung der Funktionsimmunität juristischer Fiktionen seit dem 01.09.2013 keine juristische Funktionsimmunität existiert, wenn

- keine Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts innerhalb der jP. Bundesrepublik Deutschland besteht,
- alle jP. Funktionsbediensteten in den öffentlichen Stellen und juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden nicht Grundrecht berechtigt sind.

Alle Funktionsbediensteten in den Behörden können sich nicht auf ihre Grundrechte in ihrem Dienst berufen, denn alles ist eine reine Fiktion (Angstreduktion Handbuch „Reichsbürger“).



Aus dieser bewußten und gewollt unaufgeklärten Ich-Psychose wird für die juristischen Funktionsbediensteten der Prototyp „Reichsbürger“ nach dem Prinzip des Holocaust fiktional geschaffen, um Opfer des Systems ohne Bedenken in Kettenstraftaten prototypisch zu UN-Recht im System ordnungspolizeilich zu verbraten (Brandenburg – Brandenburger Tor / Holocaust - Holocaustdenkmal). Die Geschichte des Holocaust wiederholt sich hier ganz deutlich durch Volksverhetzung!

Den juristischen Funktionsbediensteten wird in dem Handbuch „Reichsbürger“ die Straftat des Holocaust so vermittelt, als wären die juristischen Funktionsbediensteten ohne Bedenken „Standgerichte“ mit der Funktion Selbstjustiz gegen das Recht des Menschen.

In dem Handbuch „Reichsbürger“ werden die natürlichen Gaben und Rechte des Menschen verleumdet, als wären Menschen von Natur aus prototypisch größenwahnsinnige Irre.

- Keine Vorzugsbehandlung geben und streng nach dem Dienstweg handeln
- Nutzung natürlicher und rollenlegitimierter Autorität zum Abbruch der Diskussion
- keine Therapie versuchen

„...Dem „Reichsbürger“ soll so die Unsinnigkeit einer weiteren Debatte klar vor Augen geführt werden, um seinen missionarischen Eifer zu bremsen...“.

Die „Reichsbürger“ sind nicht irre, sondern verrückt. Also distanzieren Sie Sich auf Grund der politischen Ordnung und auf Grund Ihres Glaubens vom UN-Rechtssystem zu Ihrem eigenen Schutz. Die im Handbuch „Reichsbürger“ beschriebenen Ergebnisse sind der Ausdruck des UN-Rechts durch die Personifikation innerhalb der Ich-Psychose, denn die Person existiert nicht im Naturrecht, sondern ist eine reine Fiktion. Die Person kann mit dem Begriff des Schattens identifiziert werden, und Ich-Psychosen sind juristische Funktionsbedienstete, die den Schatten des Menschen als Schattenfänger richten möchten. Aus diesem Grund tragen die juristischen Funktionsbediensteten höherer Ränge schwarze Kleidung. So wollen sie das Blutbad der Braunen überdecken. Zum Kaschieren von dem Braunen ist das Schwarze die einzige Farbe, die dafür in Frage kommt.

Da der Mensch in der Rechtrealität nicht identisch ist mit der Person und die Person als Abbild nicht identisch mit dem Menschen ist, werden die Menschen wie ein Schatten rechtlos gestellt. Dazu wird der Mensch gegen die Verfassungordnung, gegen das unverletzliche, unveräußerliche und nicht verhandelbare Recht des Menschen, gegen das Grundrecht und unter Verletzung der Menschenwürde prototypisch einjustiert. Die fiktionalen Funktionsbediensteten erschaffen sich ihre eigene Erscheinung als Selbstjustiz in der „Scheinrealität“, um die Person des Menschen einzujustieren. Der geistiglebendige Mensch wird in Seiner natürlich-heiligen Ganzheit zur Person ohne Geist und Körper fiktionalisiert.

Nichtreduzierbare Komplexität (kI) ist ein **irreduzibel, originär und komplexes System**, das aus mehreren zusammenpassenden und zusammenwirkenden Grundelementen besteht, die zur Grundfunktion beitragen, wobei das Entfernen oder neu Erfassen irgendeines der Teile bewirkt, daß das System effektiv zu funktionieren aufhört.

Justiz ist daher kein Recht!

- **Rechtsträger sind nur ganzheitliche Menschen mit Inhaber- und Urheberrechten.**
- **Rechtsobjekte sind nur Gegenstände des Recht des ganzheitlichen Menschen.**
- **Rechtssubjekte sind als juristische Personen funktionale Narrenattribute, die sich an den fiktionalen natürlichen Personen (Personenobjekte) bereichern.**

Das Handbuch „Reichsbürger“ soll Straftaten gegen die Menschheit ohne Bedenken legalisieren, indem die kritischen Menschen als Opfer des Systems prototypisch zu Psychopathen abgestempelt werden. Denn Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus der Personifikation, damit

Nichtwollen, Nichtkönnen, Nichtmüssen zum Nichtwissen

im Gefahrenbereich der Beweislast nicht wirksam in den Behörden organisiert wird.

Aufklärung ist der Ausweg aus der Unmündigkeit.

- Erkenntnis durch Aufklärung ist der edelste Weg des Verstandes.
- Lernen durch Nachahmung ist der einfachste Weg.
- Lernsammlung aus Erfahrung von Versuch und Irrtum ist bitteres Leid.

**Recht ist eine geistig-lebendige Wissenschaft
und keine künstliche Ordnung nach willkürlicher Billigkeit.**

**Der geistig-lebendige Mensch kann in Treue glauben,
denn Personen haben keinen Geist, sind weder gläubig noch treu.**

Kategorie ¹ / Sorte ² / Art ³	Realität ¹ / Illusion ²	Wesen ¹ / Unwesen ²	Recht ¹ /Akt ²
geistig-lebendiger Mensch ¹	moralischer Mensch ¹	dreifaltig, treu-gläubig ¹ Rechtstatus - Rechtsträger	Naturrecht kategorisch ¹
lebendige Tiere ²	tierische Sache ¹	zweifaltig treu Rechtobjekt – Rechtgegenstand	Naturrecht sächlich
lebendige Pflanzen ²	pflanzliche Sache ¹	zweifaltig lebendig Rechtobjekt – Rechtgegenstand	Naturrecht sächlich
tote Gegenstände ²	Sache ¹	einfaltig tot Rechtobjekt – Rechtgegenstand	Naturrecht dinglich
natürliche Person ³ künstlich (Art)	irre, tot-gedachter tot-gema(h)lter Mensch ²	Fiktions-Idiotie (FugenS) tot-treu im In-Sich- Geschäft	Vertrags- UNRecht Idiot ²
juristische Person ³ künstlich (Akt)	tot-gedachte, tot-gema(h)lte Funktion ²	Funktions-Ideologie (FugenS) tot-treu im In-Sich- Geschäft	Vertrags- UNRecht Ideologie ²

Privatautonomie, Willkür und Billigkeit sind im Naturrecht und in der Öffentlichkeit verboten.
Die Präliminargrundsätze im Grundrecht verbieten in einer Republik der öffentlichen Sache –
nach Immanuel Kant – das Folgende:

Präliminargrundsätze
zum ewigen Frieden (Genesis) von Immanuel Kant

	Präliminargrundsätze – Verbote von
1	Tarnung und Täuschung durch Aussetzung
2	Scheingeschäfte unter Geheimvorbehalt (Personifikation) zum Lügen und Betrügen
3	Verletzlichkeit und Veräußerlichkeit der Naturrechte
4	Polizei und Justiz
5	inflationäres Geldsystem (inflationärer Aberglaube – (IN GOD WE TRUST)
6	Privatautonomie im öffentlichen Recht (Willkür und Billigkeit)
7	Demokratie (ist kein Grundrecht)

Der Grund, warum Menschen zum Schweigen gebracht werden, ist nicht weil Sie lügen, sondern weil Sie die Wahrheit sagen. Wenn Menschen lügen, können Ihre eigenen Worte gegen Sie gewendet werden; doch wenn Sie die Wahrheit sagen, gibt es kein anderes Gegenmittel als die Gewalt.

Recht- Mangel: Rechtskontrolle der Justiz nicht vorhanden, keine Erkenntnismöglichkeit

Grundmangel: Personen haben keine Moral oder kein Ge-Wissen / Erkenntnisresistenz

Grund: Person wurde im Naturrecht der Genesis nicht erschaffen (Sünde / Satan)

Im Handbuch "Reichsbürger" wird durch

UN-Rechtextremismus

der Links- und Rechtsextremismus geschaffen. Denn viel schlimmer als der Links- und Rechtsextremismus ist deren Nährboden, der UN-Rechtextremismus.

Ein Verband juristischer Funktionsbediensteter ohne Grundrecht ist nicht

**grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz-, vertrag- oder prozeßfähig,
sondern nur schuldfähig,**

denn für juristische Personen im öffentlichen Recht gelten die Grundrechte nicht, denn nach der

Konfusions- und Durchscheinargumentation

können sie nicht grundrechtverpflichtet und gleichzeitig grundrechtberechtigt sein. Auf die Gültigkeit des Grundsatzes - "Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet" vor dem Hintergrund, daß die deutsche (Zivil)Recht(s)ordnung vom römischen Recht geprägt ist, hat der zitierte römisch-rechtliche Recht(s)grundsatz "nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet" aus dem Corpus iuris civilis (D. 50, 17, 54) besondere Recht(s)bedeutung.

Nemo plus iuris transferre potest quam ipse habet!
Niemand kann mehr Recht übertragen, als er selbst hat!

Die notwendigen Obligationen werden von Menschen gerichtet, um bei Rechtsverletzung

1. den Verantwortlichen für sein Verhalten zu bestrafen (**Repression**),
2. ihn davon abzuhalten, erneut dieses rechtswidrige Verhalten fort zu setzen (**Spezialprävention**)
und
3. auch andere davon abzuhalten (**Generalprävention**).

Die „Reichsbürger“ stellen Obligationen, weil Rechte verletzt werden. Obligationen entstehen

- aus einem Vertrag,
- aus unerlaubter Handlung und
- aus ungerechtfertigter Bereicherung.

Die Obligation entsteht allein dadurch, daß die juristischen Funktionsbediensteten sich ausdrücklich unmündig halten und sich nicht aufklären wollen.

Die juristischen Funktionsbediensteten haben nach der Grundordnung in Art. 24 (2-3), 25 obligatorisch die Pflicht das Völkerrecht vor Bundes- und Landesgesetzen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

Es ist Pflicht, daß die juristischen Funktionsbediensteten nach dem genfer Abkommen IV über das Völkerrecht aufklären, das Völkerrecht einhalten sowie Aufklärung über das Abkommen leisten und den Wortlaut des Abkommens im weitestmöglichen Ausmaß in der Bevölkerung verbreiten und den Wortlaut des völkerrechtlichen Abkommens bei sich zu tragen!

Das Handbuch „Reichsbürger“ soll als Empfehlung unbedingt verhindern, daß die juristischen Funktionsbediensteten sich aufklären und deswegen aufhören, völkerrechtliche Straftaten zu begehen. Das Handbuch soll sicherstellen, daß sie auch weiterhin

- **Fragen nicht vollständig und wahrheitsgemäß beantworten,**
- **die bestehenden Recht- und Vertragverletzungen nicht beenden,**
- **und von Gewalthandlungen unter arglistig-heimtückischem Geheimvorbehalt durch Prototypisierung des Menschen nicht ablassen.**

Da Wir Uns in der kategorischen Rechtrealität im Grundrecht des öffentlichen Recht befinden, gilt beredte Zustimmung durch Schweigen. Wer schweigt, wo er (wider)sprechen sollte und könnte, dem wird Zustimmung nach „qui tacet consentire videtur, ubi loqui debuit atque potuit“ unterstellt. Tatsachen, die nicht ausdrücklich bestritten werden, sind als zugestanden anzusehen, wenn nicht die Absicht, sie bestreiten zu wollen, aus den übrigen Erklärungen hervorgeht. Tatsachen, die offenkundig sind, bedürfen keines Beweises.

Alle Obligationen, deren Rechte in Art. 24 (3), 25 GG in der Verfassungordnung verbrieft sind, werden nicht beachtet, weil durch die prototypische Reichsbürger-Rhetorik alle geistiglebendigen Menschen für unmündig erklärt werden, wie das Handbuch „Reichsbürger“ in der Rechtspraxis der Realität beweist.

Quelle : Zuständigkeit für den kategorischen Vollzug der völkerrechtlichen Abkommen

genfer Abkommen 0.518.51

Teil I Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

Teil IV Vollzug des Abkommens

Abschnitt I Allgemeine Bedingungen

Art. 142

Unter Vorbehalt der Massnahmen, die die Gewahrsamstaaten für unerlässlich erachten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten oder jedem andern vernünftigen Erfordernis zu begegnen, sollen sie den religiösen Organisationen, Hilfsgesellschaften oder jeder andern, den geschützten Personen Hilfe bringenden Körperschaften die beste Aufnahme gewähren. Sie sollen ihnen wie auch ihren gebührend akkreditierten Delegierten alle notwendigen Erleichterungen gewähren, damit sie die geschützten Personen besuchen, Hilfssendungen und für Erziehungs-, Erholungs- oder Religionszwecke dienende Gegenstände irgendwelcher Herkunft an sie verteilen oder ihnen bei der Gestaltung der Freizeit innerhalb der Internierungsorte helfen können. Die genannten Gesellschaften oder Organisationen können auf dem Gebiete des Gewahrsamsstaates oder in einem andern Land gegründet werden oder aber internationalen Charakter haben.

Der Gewahrsamsstaat kann die Anzahl der Gesellschaften und Organisationen, deren Delegierte ermächtigt sind, ihre Tätigkeit auf seinem Gebiet und unter seiner Aufsicht auszuüben, begrenzen; durch eine solche Begrenzung darf jedoch die wirksame und ausreichende Hilfeleistung an alle geschützten Personen nicht behindert werden.

Art. 144

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmass zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.

Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder andern Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.

Handbuch „Reichsbürger“ Seite 86 „....

IV. Handlungsempfehlungen im Umgang mit „Reichsbürgern“ aus psychologischer Sicht

Die Kommunikation des „Reichsbürgers“ ist von vornherein nicht auf eine Konfliktlösung angelegt. Der „Reichsbürger“ will (politischer Provokateur) oder kann (wahnhaft gestörter Fanatiker) nichts zu einer konsensuellen Lösung beitragen. Hieraus ergeben sich mehrere Verhaltensempfehlungen für den Umgang und die Kommunikation mit „Reichsbürgern“!

Seite 87 „1. Eine inhaltliche Diskussion ist in jedem Falle zu vermeiden!...

Seite 88: (HH) - Heil Hitler

„ Diesem Ansinnen ist mit einer nüchternen, anonymen Bearbeitung auf der zuständigen Sachbearbeiterebene zu begegnen. Widersprüche von „Reichsbürgern“ werden bearbeitet wie ganz normale Widersprüche sonst auch. Am besten ist es, mit einem kurzen Zweizeiler auf der Meta-Ebene zu antworten:

„Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage wird ihr Widerspruch aus sachlichen Gründen abgelehnt.“

Der Dienstweg sollte formal exakt eingehalten werden, ohne daß der inhaltlichen Debatte eine besondere Beachtung geschenkt wird. Auch am Telefon ist eine Durchstellung zum Vorgesetzten und alles Verhalten, das der Aufwertung des Vorgangs dienen könnte, zu vermeiden. In keinem Fall darf dem Wahngelbde durch besondere Aufmerksamkeit in der Art der Bearbeitung zusätzlich Nahrung gegeben werden....".

Im Handbuch „Reichsbürger“ wird beschrieben, warum die Beendigung der Straftat nicht möglich ist, weil Völkermord betrieben und billigend begünstigt wird.

Seite 99 „

Fazit: Um die Beschäftigten der Verwaltung aufs Glatteis zu führen, werden eine möglicherweise geläufige Rechtsmaterie (z.B. OWiG, Einigungsvertrag) oder aus den Medien bekannte Gerichtsurteile benannt. Diesen wird dann ein zusätzlicher, frei erfundener Inhalt beigelegt, um daraus rechtliche Schlußfolgerungen zu ziehen, die man wohlwollend als abseitig bezeichnen muß. Damit soll der Adressat der „Reichsbürger“-Thesen dazu bewegt werden, auch den unbekannten Inhalt als richtig zu akzeptieren....“.

Offensichtliche und offenkundige Tatsache ist im Zusammenhang mit der in dieser Strafanzeige einkopierten und ungekürzten Feststellung **BVerfGE 1 BvR 1766/2015**, daß

- keine Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts innerhalb der jP. Bundesrepublik Deutschland besteht,
- alle jP. Funktionsbediensteten in den öffentlichen Stellen und juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden nicht Grundrecht berechtigt sind.

Alle Funktionsbediensteten in den Behörden können sich nicht auf ihre Grundrechte in ihrem Dienst berufen.

Zuletzt wird in dem von juristischen Funktionsbediensteten veranstalteten Chaos eine juristische Handlungsempfehlung herausgegeben –

Seite 138-139....:

„.... Ministerium des Innern des Landes Brandenburg (2012): Pressemitteilung Nr. 033/2012 vom 13.4.2012: „Krude Theorien: Wie ‚Reichsbürger‘ versuchen, aus der Erde eine Scheibe zu machen“, vgl. unter <http://www.mik.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.286805.de>, Stand der Abfrage: 12.8.2015.

Wer mit ‚Reichsbürger‘-Aktivitäten konfrontiert wird, kann sich an folgenden Hinweisen orientieren:

- Es ist sinnlos, mit ‚Reichsbürgern‘ zu diskutieren. Denn ‚Reichsbürger‘ verfolgen damit das Ziel, Verwirrung zu stiften, um staatliche Stellen vom rechtlich gebotenen Handeln abzulenken.
- Bei Vergehen von ‚Reichsbürgern‘ sollten staatliche Stellen schnell und konsequent handeln. Wenn ein ‚Reichsbürger‘ beispielsweise Manipulationen am Kfz-Kennzeichen vornimmt, sollte unverzüglich der Betrieb des Fahrzeugs auf öffentlichen Straßen untersagt und zusätzlich der Verdacht der Urkundenfälschung geprüft werden.
- Beleidigungen, Bedrohungen und weitere strafrechtlich relevante Verhaltensweisen von ‚Reichsbürgern‘ sollten unverzüglich den Strafverfolgungsbehörden angezeigt werden.
- Dienstlicher Schriftwechsel mit ‚Reichsbürgern‘ sollte auf das absolut notwendige Mindestmaß beschränkt bleiben. Insbesondere Widersprüche oder ähnliche Schriftsätze, in denen die Rechtmäßigkeit der Bundesrepublik Deutschland angezweifelt wird, sind schlicht als unbegründet zurückzuweisen.
- Materialien von ‚Reichsbürgern‘ mit rechtsextremistischen Inhalten sollten dem Verfassungsschutz übermittelt werden.“

.... Die Handlungsempfehlungen beruhen auf einer Auswertung von Vorkommnissen in einer brandenburgischen Kreisverwaltung!“

Die jP. Landkreistag Brandenburg eV.

Landkreistag Brandenburg e.V., Jägerallee 25, D-14469 Potsdam
Registergericht: Amtsgericht Potsdam
Vereinsregister/Registernummer: VR 700

ist ein illegitim eingetragener Verein, denn Verbände sind keine natürlichen Vereinigungen, in dem die jP. Kreisverwaltung als Mitglied ohne Grundrechtsberechtigung firmiert. Der juristische Verband Landkreis ist nicht grundrecht- und somit nicht

grundbuch-, recht-, geschäft-, handlung-, delikt-, insolvenz, vertrag- oder prozeßfähig,
sondern nur obligatorisch schuldfähig!

Die jP. Vorkommnissen der jP. brandenburgischen Kreisverwaltung ist nicht rechtfähig, denn verschwiegen wird in diesem Zusammenhang, daß nach der Feststellung der jP. Bundesverfassungsgericht 1 BvR 1766/2015 über Grundrechte,

- Beschwerdefähig ist demnach, wer Träger eines als verletzt gerügten Grundrechts oder grundrechtsgleichen Rechts sein kann.
- Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist vor diesem Hintergrund grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt
- Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden ...“.
- **Die Beschwerdeführerin ist eine juristische Person des Privatrechts, deren Gesellschafter ausschließlich Städte und Gemeinden sind.**

Alle juristischen Personen stehen parteilich im Verhältnis eines Mitverpflichteten oder Regreßpflichtigen.

Der Standard einer fairen und billigen Behandlung ist gegen Menschen verletzt,

da alle juristischen Personen innerhalb des Grundgesetzes nach der positivistischen Prozeßordnung kraft fiktionalen Gesetzes in Funktionssachen, in denen die Verbände juristischer Personen ohne Grundrechtberechtigung selbst Partei sind oder bei denen sie zu einer Partei in dem Verhältnis eines Mitverpflichteten oder Regreßpflichtigen stehen, denn die jP. Justiz wird von der jP. Bundesrepublik Deutschland Finanzagentur GmbH finanziert, von der die anderen juristischen Personen mitfinanziert werden.

Der originär-geistiglebendiGene Mensch ist unabhängig von einer privaten Anerkennung. Er befindet sich völkerrechtlich im öffentlichen Recht. Er ist der jP. Staat in keinsten Weise inkorporiert, also auch nicht im weitesten Sinn "staatsmittelbare" Organisation oder Verwaltungseinrichtung. **Der** geistiglebendiGene Mensch hat Seine wesentliche Heilige Aufgabe, Sein Recht, Seine Befugnis, seine Zuständigkeit originär und nicht von der jP. Staat abgeleitet. Das Recht des Menschen ist also aufgrund Seiner besonderen Qualität und Stellung gegenüber der jP. Staat in der Rechtdurchsetzung, in der Rechtgewährungspflicht durchzusetzen, da unter der Grundrechtberechtigung die Garantenpflicht der Erfüllung prärogativ und vorrangig gilt.

Fundstelle: BVerfGE 18, 385 [386]; 19, 129 [133 f.]

Die von Verfassung wegen garantierten Korporationsrechte für originäres und prärogatives Recht und für die Heiligen Aufgaben des geistiglebendiGenen Menschen sind:

**Dienstherrenfähigkeit,
Organisationgewalt,
Rechtdurchsetzungsgewalt,
Parochialrecht,
öffentliches Sachenrecht,
Besteuerungsrecht und
Insolvenzunfähigkeit.**

Die Person ist kein geistiglebendiGenes Wesen, sondern eine reine Fiktion.

Es wird den Menschen durch Hausverbote, Weglaufen, Auflegen der Telefonate, Nichtreagieren auf Nachrichten jede nur erdenkliche Möglichkeit entsagt, eine Klärung des Recht in den Stellen der öffentlichen Verwaltung zu erhalten, um so die Durchsetzung von Recht in der jP. Bundesrepublik zu verhindern.

Auf der einen Seite hat Sich der Mensch von der jP. Bundesrepublik distanziert, auf der anderen Seite versuchen die juristischen Funktionsbediensteten einen Vertrag zum Nachteil des Menschen künstlerisch abzudichten und verweigern jede Form der Einhaltung der Laizität, denn juristische Personen existieren nur durch einen Vertrag. Daher sehnen sie sich nach Verträgen und können auch nur obligatorisch durch einen Vertrag dienstbar gemacht oder liquidiert werden.

Kommt es dann zu einer Obligation gegen die Verantwortlichen der juristischen Personen, wird die Obligation völkerrechtlichen gegen das Recht des Vertrages 0.111 nicht beachtet und verletzt, um die Rechtsverletzung gegen den Menschen weiterhin ungestört zu betreiben.

Auch die sonstigen unsinnigen juristischen Argumentationen sind in der Rechtrealität völlig absurd. Wenn wie im Handbuch „Reichsbürger“ die Menschen zu einer medizinisch-psychologischen Untersuchung gezwungen werden sollen, um Sie in alle Ewigkeit rechtlos zu stellen. Denn der Geist des Menschen, die geistige Eignung kann nicht materialisiert und als eine meßbare Größe dargestellt werden.

Der Feststellung der geistigen Fahreignung fehlen die Grundvoraussetzungen der Erkenntnis:

Tautologie Justizia:



Justizia, die Verkörperung der irrigen Idee der Gerechtigkeit mit blinden Augen:

- **Wie schwer ist 1 Kubikmeter Recht, da Justizia das Recht wiegen will?**
- **Welche Farbe hat der Geist eines Menschen, da Justizia mit vor der Realität verschlossenen Augen den Geist erkennen möchte?**

Diese Fragen können grundsätzlich von Funktionsbediensteten nicht beantwortet werden. Denn Recht- und Geisteswissenschaften sind verbotene Disziplinen, durch die die nichtreduzierbare Komplexität des Menschen in Seiner Selbstbestimmung verletzt wird.

Quelle: 1. Mose 3, Genesis 1. Mose 2. 4b-9.15, 9,1-11

Bestimmung oder Grundform

(1. Mose 3, Genesis 1. Mose 2. 4b-9.15, 9,1-11)

Normalform sind die letzten Elemente in der Genesiskette der nicht reduzierbaren Rechtrelation der ganzheitlichen und heiligen Komplexität

(1. Normalform = ganzheitlich gutgläubig - Menschsein)

Und Gott der HERR nahm den Menschen und setzte ihn in den Garten Eden, daß er ihn baute und bewahrte

(2. Normalform = treu - Menschwerden)

Und Gott der HERR gebot dem Menschen und sprach:
Du sollst essen von allerlei Bäumen im Garten

(3. Normalform = gemein - Menschsein Person)

aber von dem Baum der Erkenntnis des Guten und des Bösen sollst du nicht essen; denn welchen Tages du davon ißt, wirst du des Todes sterben.

Naturgesetz darf an Hochschulen und Universitäten wegen der experimentellen physisch-körperlichen oder praktischen Datenerfassung gelehrt, aber Naturrecht darf nicht gelehrt werden, weil Naturrecht physikalisch-körperlich praktisch nicht meßbar erfaßt und somit nicht justiert oder reguliert werden kann und darf.

Universitäten und Hochschulen der Rechts- und Geisteswissenschaften sind grundrechtverbotene Organisationen in der gebotenen Verfassungordnung.

In den Heiligen Büchern ist die Rechtspraxis von Schriftgelehrten und Pharisäern auf Grund der absolut kategorischen Bestimmung der Grundformel im Naturrecht verboten. Das Völkerstrafgesetz verbietet solche Methoden in der Objektformel.

Die Fahrerlaubnisverordnung gilt nur für die Person, also in der Realität nur für ein fiktionales Wesen, das keinen Geist und keinen Körper besitzt. Die Person ist der Schatten des Menschen in der Realität. Die für die Personen gesetzte Verordnung über die Zulassung von Personen zum Straßenverkehr (Fahrerlaubnis-Verordnung - FeV) bedeutet in der Rechtrealität

„Verordnung über die Zulassung von Schatten zum Straßenverkehr“.

Der Schatten als Fläche hat weder einen Geist noch als Person einen Wohnsitz. Es gibt in der jP. Bundesrepublik Deutschland der wesentlichen Voraussetzung nach § 7 FeV keinen Wohnsitz. Eine juristische Person „Psychiater“ kann den Menschen nicht ganzheitlich begutachten.

Hier plappern die fiktionalen Funktionsbediensteten Gesetze rauf und runter, die völlig absurd sind. Der Geist oder die geistige Fahreignung des Menschen kann nicht begutachtet werden. Bei der Behauptung eines Verbotsirrtums handelt es sich um einen fortgesetzten Grundrechteingriff ohne Rechtsmittel (BT-Drucksache 16/13764) außerhalb des Grundrechts im Grundgesetz gemäß Art. 19 (4) Grundrecht. „...Wenn das Gericht darüber hinaus darauf verzichtet, die rechtswidrige Erfüllung eines Straftatbestandes zu prüfen, weil es die Schuldunfähigkeit als gegeben ansieht, dann ist es dem Freigesprochenen unmöglich, im Instanzenzug klären zu lassen, ob überhaupt ein strafwürdiges Verhalten vorlag...“ Und ist nach § 108 (2) VwGO, §§ 43, 44 VwVfG, § 40 VwGO nicht verhandelbar.

Eine geistige Beeinträchtigung kann eine juristische Person „Sachverständiger“ in der Fiktionstheorie der Illusion in der Realität des geistig-lebendigen Menschen nicht feststellen, so daß Nichtigkeit des Verwaltungsaktes aus tatsächlichen Gründen vorliegt. Die Person ist ein geistloses Fiktionswesen und hat keinen Geist in der Realität. Die Illusion der Personifikation ist kein Naturrecht. Ein Urteil darf nur auf Tatsachen und Beweisergebnisse gestützt werden, zu denen sich die Beteiligten äußern können (analog § 108 VwGO).

Der Wohnsitz, der nach der FeV eine Grundvoraussetzung ist, um nach § 7 FeV die Fahrerlaubnis zu erteilen, existiert nicht. Das Meldegesetz kennt den Begriff des Wohnsitzes nicht und der Mensch ist in der Jurisdiktion der Gesetze nicht definiert, weil die Bindung der Gewaltentrennung nach §§ 37, 41 PartG in einer parlamentarischen Demokratie ohne Haftung nie in Kraft getreten ist (Art. 1 (3) GG). Deswegen haben die Gesetze keine Bindewirkung und der Bundesstaat ist auf den Vertrag der Lüge aufgebaut. Die Bundesrepublik kann den Menschen und das Recht nicht erkennen.

§§ 1, 10, 11, 18, 21, 48, 63 FeV verlangt eine geistige Beeinträchtigung, die es in der Illusion der Personifikation nicht gibt. Die in Anlage 4 zu §§ 11, 13-14 FeV aufgezählte Eignung und bedingte Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen geht von einer geistigen Beeinträchtigung aus, die nicht psychologisch ist. Psychologie ist Nervenkunde und keine Geisteswissenschaft. Es gibt keine Psychologie für Schatten, denn der Schatten hat keinen Körper in der Realität.

Eine psychologische Eignung ist keine ganzheitliche Eignung und nur im Zusammenhang zum Feststellen einer geistigen Beeinträchtigung im Sinne einer biologischen Hirnschädigung anzusehen. Insoweit ist der Begriff Persönlichkeitsstörung nicht identisch mit dem Begriff Persönlichkeitsveränderung nach ICD-10 als Nichtfolge einer biologischen Hirnschädigung. Die MPU macht nur einen Sinn, wenn nicht zweckfremde politische Ziele verfolgt werden.

Die Behörden können nicht beweisen, ob und wann eine Hirnschädigung bei einem Menschen eingetreten ist, wenn kein organischer Beweis vorliegt. Es ist nicht möglich, sogar ausgeschlossen, daß eine juristische Person „Sachverständiger“ als totgedachte Sache innerhalb der Personifikation einen geistig-lebendigen Menschen begut- oder beschlecht-urteilen kann. Der Glaube ist frei, sonst kann Sich ein Mensch nach der Metaphysik der reinen Vernunft nicht entwickeln.

Die gesamte Konstruktion der jP. Bundesrepublik Deutschland ist inzwischen in einen Strudel kollektiven Schwachsinn geraten, der als Ziel zum Ruin des Systems führen muß. Jede Möglichkeit, daß Sich der Mensch im Recht durch Aufklärung frei entwickelt, wird in diesem UN-Rechtssystem mit aller Gewalt be- und verhindert.

Der Mensch darf nicht zum Objekt des Experimentes degradiert werden, sondern bedarf der Aufklärung. Als Pygmalion-Effekt (nach der mythologischen Figur Pygmalion) wird bezeichnet, wenn die im Experiment vorweggenommene Justierung sich im späteren Verlauf gewaltsam bestätigen soll. Dieses wird durch subtiles Einwirken der jP. Richter ermöglicht, die den Menschen, der Sich irrtümlich als die Person begreift, durch Justierung und durch gewaltsames Biegen um Sein Recht und Seine Freiheit bringen. Die jP. Richter handeln so, um das bereits vorab von ihnen selbst bestimmte und erwartete Endergebnis zu erzielen. Auf diese Weise wird dem Menschen, der im Irrtum lebt, er sei die Person, aber gleichzeitig an das Gute glaubt, durch die jP. Richter sowohl das Recht als auch die Freiheit genommen.

Eine Justierung des Recht oder des Geistes eines Menschen ist in der Regel immer die Verletzung der Menschenwürde und des Menschenrecht. Das Experiment an den Universitäten und Hochschulen der Rechts- und Geisteswissenschaften wird in der Öffentlichkeit als riesiges Versuchs- und Irrtumslabor an geistiglebendigen Menschen, an der Menschheit, -die Justierung, die Einstellung des Recht- und des Geistes eines Menschen-, verbotenerweise im künstlichen Mangel praktiziert. Aus dem künstlichen Recht- und Geistesmangel entsteht die Quelle des UN-Rechts, weil sich der Mensch wegen seinem natürlichen Recht der Freiheit, aus dem unnatürlichen UN-Recht natürlich befreien will und muß. Das ist Naturrecht!

Nach umfangreicher Untersuchung stellen wir in der Erkenntnis und im Gesamtergebnis drastisch fest, daß die Quelle von allen Menschenrechtverletzungen die Universitäten und Hochschulen der Recht- und Geisteswissenschaften der jP. Länder sind. Die Gründe sind offensichtlich, da gegen die öffentliche Verfassungsrechtsordnung der nicht reduzierbaren Komplexität durch die Objektformel verstoßen wird.

Nach der Präambel und dem Grundrecht ist das Menschenrecht unveräußerlich und unverletzlich sowie die Menschenwürde unantastbar. Beide können und dürfen rechtlich in der strengen Laizität somit im Bewußtsein unserer Verantwortung im Schöpferbund der Schöpfung nicht körperlich erfaßt werden. Die Rechtspaltung der Laizität ist verletzt, denn Naturrecht ist eine Sonderlehre.

Wir haben inzwischen an allen Hochschulen und Universitäten nachgefragt,

- **wie schwer 1qm Recht ist und**
- **welche Farbe der Geist eines Menschen hat.**

Auf diese Fragen ist es nicht möglich, Antworten von Hochschulen und Universitäten zu erhalten.

Die Funktionsimmunität von profanen Beamten im Völkerrecht wurde aufgehoben!

Der Pygmalioneffekt ist eine vorsätzlich wahnhaftwidrige Selbsttäuschung des Systems, weil der Staat ein uneingeschränktes Irrtumsrecht für Menschenrecht(s)verletzungen besitzt. Dem Effekt nach sollen sich Erwartungen, Einstellungen, Überzeugungen sowie Vorurteile des Versuchsleiters nach Art der "selbsterfüllenden Prophezeiung" auswirken. Das heißt, die Leistungen der Versuchsperson entwickeln sich in erwarteter Form. Die selbsterfüllende Prophezeiung ist eine Vorhersage, die sich erfüllt, nur weil sie vorhergesagt beziehungsweise erwartet wurde. In Bezug auf die Realität existiert aber kein oder möglicherweise nur ein sehr geringer Zusammenhang, weil der Erfolg in der Erwartung existiert, bzw. mit Gewalt durchgesetzt wird. Die Überlegung basiert auf dem Prinzip, daß die jP. Versuchsleiter selber auf die Umwelt Einfluß nimmt und versucht, sie so in die von ihm erwartete Richtung gewaltsam zu verändern. Demnach wird die Erwartung zu einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung.

Das Problem des 21. Jahrhunderts ist nicht das Nichtschreiben- und Nichtlesenkönnen, der Analphabetismus, sondern der Illettrismus zum vorsätzlichen Nichtwissenwollen in den Behörden. Dieser läßt ein Wissen aus Bequemlichkeit und Verantwortungslosigkeit nicht zu, denn durch das Schaffen von Wissen würde bei den juristischen Funktionsbediensteten möglicherweise ein Gewissen geweckt, was das gesamte Experiment zum Scheitern bringen würde.

Doch die jP. Abgeordneten, Beamten, Richter und Staatsanwälte versuchen gegen das Gemeinwohl alles zu unternehmen, um ihre Verantwortung für die Folgen ihres fehlerhaften und strafbaren Handelns von sich auf die Bürger abzuwälzen. Damit wird der Vorsatz in der jP. Bundesrepublik offensichtlich, daß Opfern von Straftaten innerhalb der Justiz und Verwaltung eben nicht geholfen wird, um die Recht(s)praxis der Anerkennung der Staatshaftung für judikatives Unrecht zu verdunkeln, da sonst die **Autorität und das Ansehen der Justiz** geschmälert werden, wenn ein Justizirrtum zur Hilfe oder zu einem Schadensersatzanspruch führen könnte.

Die Unabhängigkeit, - so der allgemein fatale Gedanke - in der Justiz, stelle, einen elementaren Grundsatz der Verfassungsordnung dar, der aber niemals als selbstverständlich betrachtet werden könne, wenn sich die Recht(s)praxis ändert. Die Anerkennung einer Haftung des Staates für Rechtsprechungsakte könnte diese Unabhängigkeit in Frage stellen. Und gelegentliche Fehlentscheidungen und Fehlgriffe nationaler Behörden können in der Regel daher nicht korrigiert werden, könnten und müßten von den Opfern also so hingenommen werden. Diese Recht(s)praxis ist grundrecht(s)widrig, wie der Europäische Gerichtshof über Amts- und Staatshaftung in EuGH, Urteil vom 30.09.2003, AZ.: C224/01 feststellt und erklärt hat!

Bei der Inzuchtdepression wird Erfolg und Mißerfolg, Recht, Gesetz, Verfassung, Völkerrecht und Legitimation behördlich in der Öffentlichkeit mißachtet, um eine Vertrauensillusion des Staates aufrecht zu erhalten.

Das negative Interesse tritt als Fehler des Systems in den Vordergrund und führt auf dem direkten Weg zu der hermetischen Inzuchtdepression und somit zur arglistigen Täuschung des Bürgers im öffentlichen Recht über das Recht(s)system.

Dies führt durch den Verlust der objektiven Recht(s)erlangungsmöglichkeiten zur Einschränkung des Recht(s) für die Menschen.

Durch den Stillstand der objektiven Recht(s)pflge auf Grund dieses Staatsaufbaumangels kommt es zu Schäden und Schadenersatz durch Beschädigung des Vermögens der Opfer. Die Vermögensschäden führen dann zur unmittelbaren Einschränkung der Freiheit der Opfer. Die Einschränkung der Freiheit führt zur Freiheitsberaubung und Abwertung des Menschenrecht und Verletzung der Menschenwürde.

In Massen entstehen Unruhen, im Übermaß entsteht Terrorismus, im Mix entsteht Krieg.

Darüber hinaus wird durch die Übertragung der Staatsgewalt auf jP. Abgeordnete, Beamte, Richter und Staatsanwälte, die für ihre Fehler niemals haften müssen, die Anpassungsfähigkeit des Staates und damit die Existenz seiner Bürger, die letztendlich das Risiko zu tragen haben, zerstört.

Bei der Inzuchtdepression werden die Opfer im System durch Aussetzung, Bevormundung, Nötigung und Erpressung gemobbt, diskriminiert, ruiniert, psychiatrisiert, kriminalisiert und ruiniert, wobei öffentliche Straftaten der Irrationaltäter gegenseitig in Ketten durch Persilscheine unter Irrtumsvorbehalt rehabilitiert werden. Es handelt sich dabei um einen imaginären Staat mit einem komplexen Gebilde eines äußerst korruptionsdurchtriebenen Industriezweiges als organisiertes Verbrechen, bei dem die systematische Anwendung der Gesetze und die praktische Auslegung der Rechte keine objektive und entscheidende Rolle spielen. Denn sie sind nach Versuch und Irrtum des Pygmalioneffekts justiziabel und nicht absolut kategorisches Recht.

**Die Justiz legitimiert objektiv den subjektiven Wahnsinn der Inzuchtdepression,
weil der Staat ein Irrtumsprivileg besitzt.**

"jura singulorum", die Rechte der einzelnen Menschen als individuelles, unverletzliches und unveräußerliches Freiheitrecht, ist nicht verhandelbar. Liegt "jura singulorum" vor, kann eine Gesellschaft des Personalgötzenkults nicht in demokratischer Abstimmung den Inhaber dieser Rechte überstimmen. Der Inhaber des "jura singulorum", der Mensch, ist frei in seiner Entscheidung, da Er als Mensch Inhaber der tatsächlichen Gewalt auf Erden in der Welt ist.

Die Rabulistik dient dazu, unabhängig von der Richtigkeit der eigenen Position durch Sophismen, verdeckte Fehlschlüsse und andere rhetorische Tricks, wie dem Einbringen diskussionsferner Aspekte und durch semantische Verschiebungen, Recht im UNRecht zu behalten. Die Grenzen zur Täuschung, Irreführung und Lüge sind dabei fließend. Die Rabulistik kann als Teilgebiet der Eristik oder der Rhetorik als Kunst betrachtet werden und ist keine Kategorie Recht in der Realität. Im Bewußtsein der öffentlichen Gesellschaft der positivistischen UN-Vernunft der Demokratie sind die klassischen Erkenntnisquellen für Ethos und Recht außer Kraft gesetzt. Es ist nicht möglich und zulässig, daß Psychologen oder Psychiater als juristische Personen den Menschen ganzheitlich begutachten können und die Juristen das Recht des Menschen einjustieren.

Den Menschen wird das Falsche in der Personifikation gelehrt, denn Sie sind auf das Falsche als Person durch die Justierung konditioniert worden. Menschen sind in der Eigenschaft der fiktiven Person entweder zu bequem, zu faul oder nicht offen für das Richtige.

**Universitäten und Hochschulen der Rechts- und Geisteswissenschaften
sind als grundrechtswidrige Institutionen nicht Grundrecht berechtigt und nicht rechtfähig.**

Es wird überaus deutlich, daß sich das Justizsystem selbst nicht mehr heilen kann, weil es keine wirkliche Kritik und keine Kontrolle in der Rückkopplung zuläßt. Denn es gibt wegen der Unmündigkeit der Person durch die Zwang(s)staatsangehörigkeit keine Staatsbürger.

Die natürliche Systemsteuerung der Evolution, die seit Jahrmilliarden alles Leben auf der Erde steuert und niemals nachgebessert werden mußte, ist damit ausgeschaltet. Diese Steuerung wirkt aus der Umwelt auf jedes System und auf jedes Individuum durch **positive und negative Rückkopplung**, durch

Gewinn und Verlust, Erfolg und Mißerfolg sowie Glück und Unglück.

Durch diese Erfahrungen aus der Vergangenheit haben sich die Verhaltensmuster (Instinkte) Motivation und Depression entwickelt. Damit kann sich jedes Lebewesen an die sich ständig verändernde Umwelt anpassen. Nur solche Individuen und Systeme haben überlebt, die diese Anpassungsfähigkeit besaßen. In der künstlichen Natur der willkürlichen Gewalt der Justiz und Verwaltung ist Motivation nicht möglich, sondern nur Depression.

Deswegen gibt es auch keine tatsächliche Statistik über Straftaten im Amt. Denn über Gesetz wird in einem fiktionalen Bundesstaat das Recht im Grundgesetz reglementiert, was nur im Grundrecht existiert. Demokratie ist nicht Grundrecht berechtigt oder Grundrecht fähig!

Der Mangel an negativer Rückkopplung (Haftung / Erfahrungen) gilt aber auch und vor allem für jP. Richter und jP. Staatsanwälte. Sie haften nicht für Schäden durch Fehlurteile oder gar für Verbrechen, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit nachweisbar selbst begehen.

Sie werden nicht vom Volk auf Zeit gewählt und können deshalb noch nicht einmal abgewählt werden. Vielmehr decken sich alle jP. Beamten und jP. Politiker gegenseitig.

Damit aber ist die im Grundgesetz festgelegte Gewaltentrennung faktisch aufgehoben. Infolgedessen ist selbstverständlich auch die Rechtsstaatlichkeit nicht erreichbar.

Das Staatsgewaltmonopol wird an die Stelle von Gewalt gesetzt, „ohne Rücksicht auf Verluste“, denn den Schaden trägt das Volk ohne Menschen. Die jP. Politiker, jP. Beamten, jP. Richter und jP. Staatsanwälte ohne persönliche Haftung sind vergleichbar mit Viren, die jedes System, daß sie befallen, von innen heraus zersetzen.

Denn sie können im Zusammenspiel miteinander mit ihrer fiktionalen Allgewalt, durch eine Flut von Gesetzen beziehungsweise durch die mißbräuchliche Anwendung bestehender Gesetze, jede Gegenwehr und jede Selbstregulierung zerstören.

Der Selbststeuerungsmechanismus wird jedoch ausgeschaltet, denn sie sind nach § 12 InsO als Fiktion ohne Masse. Aufgrund von Symptomen werden absolute und für ihren eigentlichen Zweck wirkung(s)lose Gesetze und Verordnungen geschaffen, die die tatsächlichen Ursachen nicht berücksichtigen. Die Justiz zerstört das Recht des Menschen im Experiment durch Versuch und Irrtum, was sie zum Schein vorgibt, zu schützen. Die Person hat keine Rechte, denn die Person ist kein Mensch.

Am Ende wird bei falscher Justierung das Produkt Menschenrechttopfer durch Justiz und Verwaltung produziert.

Die Menschenrechttopfer und deren Familien erleiden in Folge der fehlenden Rehabilitation innerhalb des Systems schwere Schäden über Generationen hinweg. Deshalb regeln diese Gesetze in der Justiz nicht, sondern reglementieren nur und werden dabei selbst zu Ursachen für immer neue Symptome, die wiederum als Vorwand für die Schaffung weiterer Gesetze und Verordnungen verwendet werden.

Das Problem der Justiz ist die eigene Justierung, die Inzuchtdepression!

Die Lösung dieses Problems ist nur möglich, wenn die Rechtspaltung in Zukunft tatsächlich eingehalten, das Staatshaftung(s)recht uneingeschränkt angewendet wird und die jP. Bediensteten dieses Staates, die ihre Staatsgewalt mißbrauchen, dafür konsequent verantwortlich straf- und zivilrechtlich haften müssen, um

1. den Verantwortlichen für sein Verhalten zu bestrafen (Repression),
2. ihn davon abzuhalten, erneut dieses recht(s)widrige Verhalten fort zu setzen (Spezialprävention)
und
3. auch andere davon abzuhalten (Generalprävention).

Wie bereits geschildert, werden Menschen in diesem System gegen die Verfassungordnung von fiktionalen Funktionsbediensteten über Generationen hinweg schwer verletzt. Die arglistig-heimtückische Okkupation des geistiglebendigen Menschen durch Scheinpersonengeschäfte geht der recht(s)widrigen Annexion durch Geheimhaltung und durch Tarnung und Täuschung in der Regel voraus. Dadurch entsteht jedoch ein absoluter Rechtsmangel. Juristen und Polizisten sowie Terroristen und Verbrecher werden nicht natürlich geboren, sondern fingiert und gemacht.

Deswegen ist die Recht(s)beratung der Menschen unter Strafe gestellt,
wobei das Naturrecht zur Aufklärung verpflichtet:
Denn Aufklärung ist der Ausgang des Menschen aus der Unmündigkeit.

Die rechtswidrige Gewalt ist Terror. Wenn also die jP. niedersächsisches Ministerium für Wissenschaft und Kultur in einem Geheimexperiment mit vorsätzlicher Gewalt im versuchten Irrtum des Rechtsmangels die Menschen als Versuchskaninchen hält, so ist sie für die Schäden straf- und schuldrechtlich im Rahmen eines vorsätzlichen Völkermordes haftbar.

Die Professoren an den Universitäten und Hochschulen der Rechts- und Geisteswissenschaften bringen keine Botschaft für die Aufklärung des Menschen. Sie sind keine Recht- und Sprachgelehrten, sondern missionieren mit Gewalt gegen Menschen als Schrift- und Scheingelehrte.

Bildung ist im **Naturgesetz**, Aufklärung nur im **Naturrecht** zulässig und erlaubt, denn

das Menschenrecht und die Menschenwürde sind weder verhandelbar noch justiziabel!

Denn das Wort Jurisdiktion, Justiz, justieren ist ein Zustand des Recht- und Geistesmangels, den sie selbst erschaffen, weil sie das Naturrecht ins Absurde verleumden. Sie verweigern die Entfaltung des Menschen in Seinen Inhaber- und Urheberrechten, indem sie den Menschen zur Person ohne Inhaber- und Urheberrecht in Scheinlizenzen zu UN-Recht degradieren.

Sie agieren außerhalb des Transzendenzbezuges gegen die Präambel und gegen das Grundrecht sowie gegen die Rechtspaltung der Laizität. Universitäten und Hochschulen der Rechts- und Geisteswissenschaften sind als grundrechtswidrige Institutionen mit sofortiger Wirkung als verfassung(s)feindliche Organisationen nach Art. 139 GG zu verbieten. Okkupation und Annexion sind gegenüber dem Recht des Menschen kategorisch und absolut nicht erlaubt, da die Wellenfunktion innerhalb der Matrix in der Quantenphysik kollabiert.

Allein das Wort Gemeinwesenberatung ist Satanismus, da gemein ein böses Wort ist. Deswegen sind Gemeinden nicht Grundrecht berechtigt und nicht Grundrecht fähig. Die ewigen Diskussionen über behauptete Interessen und sonstige Gesetze für fiktionale Fiktionspersonen in den Behörden sind hinfällig, wenn man die Feststellung **der jP. Bundesverfassungsgericht 1 BvR 1766/2015 über Grundrechte** richtig verstanden hat. Denn durch dieses Grundsatzurteil wurde ganz eindeutig und klar festgelegt, daß:

- „Beschwerdefähig ist demnach, wer Träger eines als verletzt gerügten Grundrechts oder grundrechtsgleichen Rechts sein kann.
- Die Grundrechtsfähigkeit einer juristischen Person des öffentlichen Rechts ist vor diesem Hintergrund grundsätzlich dann zu verneinen, wenn diese öffentliche Aufgaben wahrnimmt
- Gleiches gilt für juristische Personen des Privatrechts, die von der öffentlichen Hand gehalten oder beherrscht werden ...“.

Daher hat jeder Mensch die Pflicht und das Recht, sich von dem UN-Rechtssystem abzuwenden. Die nicht Grundrecht berechtigten Handlungsempfehlungen der jP. Landkreise für den

- Umgang bei Rechtbeugung für juristische Rechtsbehelfe der hingesetzten Behörden
- Widersprüche und Einsprüche gegen unberechtigte Behördenaktionen
- Verfahren, bei dem am Ziel vorbei gefahren wird
- Hausverbote gegen und Psychiatisierungen von Menschen im Irrtum der Personifikation
- Arretierung des Menschen durch die Fahrerlaubnisverordnung ohne Möglichkeit der Prüfung
- Unsinnig-Gesetze und verbotene Gerichtsurteile für die geistige Eignung ohne Rechterkenntnis (FeV)
- Bescheidung von nicht gestellten Aufträgen für Fiktionen
- Kommunikation, Telefonate, Vorsprachen sowie rechtlichen Konsequenzen
- Kraftfahrzeugregister und sonstige Erlaubnis ohne Rechte
- Zulässigkeitsprüfungen, wer Ordnungswidrigkeiten und Steuern freiwillig bezahlt

- Beglaubigungen ohne Bindung an den Glauben des Transzendenzbezugs im Bereich Grundgesetz
- Rechtsgrundlagen ohne Recht
- Melderecht und Geschäftsfähigkeit von Personen, die im Naturrecht nicht existieren
- Aufenthaltsbestimmung und Steuerpflicht an eine Sekte, die Menschenrechtverletzungen begeht
- Betreuung von Recht durch fiktionale Funktionsbediensteten ohne Grundrechte
- Ausgeschlossene Schuldfähigkeit im Strafrecht in Notwehr, Notstand und Selbsthilfe
- Freiheitsberaubung und andere unmenschliche Zwang-Behandlungen an Menschen
- Vollstreckung von Selbstjustiz der Scheinjustiz auf Totenschein (Papierschein)
- Zustellungen mit Zustellungsurkunden – Scheingeschäfte
- Zwangsinternierung durch Zwangsmitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung
- Zustellung von ausländischen und internationalen Privatverträgen im öffentlichen Recht
- Behauptungen von Recht durch Verfristung ohne Grundrechtenbindung
- Vollstreckungsverweigerung von Obligationen nach Eintritt der Sperrwirkung
- Verweigerung von Rechthilfe, Rechtbeistand und sonstiger Rechthilfe
- Staatsschutzdelikte gegen das Grundrecht durch die fiktionalen Funktionsbediensteten
- Straftaten fiktionaler Funktionsbediensteter gegen die öffentliche Ordnung – Behördenterror
- Nötigung, Bedrohung, Beleidigung von Menschen
- Persönlichkeitsrechte ohne Grundrechtberechtigung
- Beschädigung oder Entwertung von Scheindokumenten zwecks Befreiung des Menschen
- Rechtsdienstleistungsgesetz nach Links ohne Recht

erfüllen den Tatbestand des Völkermordes nach StGB und VStGB, da eine Befreiung des Menschen aus der Personifikation nach Art. 47, 132 genfer Abkommen IV vertragswidrig in 0.518.51 zu einem bewaffneten Konflikt führt, wenn die Gründe der Internierung entfallen.

Der Papst hat am 22.09.2011 im Gebäude Bundestag vor der jP. Regierung festgestellt, daß im öffentlichen Recht Ethos und Recht außer Kraft gesetzt sind und somit aus der Not

- Notstand,
- Notwehr und
- Selbsthilfe

erlaubt sind. Die hilfeschuchenden Menschen finden bei den Behörden keine Beachtung, denn die fiktionalen Funktionsbediensteten weisen Sie ab, indem sie

- nicht auf Fragen reagieren,
- sich für unzuständig erklären,
- und Ihnen gegen die verfassungsgemäße Ordnung Auskunft, Aufklärung und Beratung verweigern und Sie immer wieder
- auf den toten Schriftweg oder unter Abgabe all Ihrer Vollmachten an einen Rechtsanwalt verweisen.

Das alles ist rechtswidrig, da die Verantwortlichen der fiktionalen Funktionsbediensteten weder sich selbst noch einen Anderen von den Verantwortlichkeiten ihrer Handlungen befreien können, die ihnen selbst auf Grund der herbeigeführten Grundrechtverletzungen und des Völkerrecht zufallen.

Vielmehr liegt auf Grund der bewaffneten einseitigen Konflikte im Interesse oder im überwiegenden Interesse der fiktionalen Funktionsbediensteten in den Behörden eine strenge und absolute Verletzung des Strafgesetzes, des Völkerstrafrecht und des Naturrecht vor.

Diese Straftaten werden noch deutlicher. **Seite 28 „..... Nach hiesiger Auffassung handelt es sich jedoch um Menschen, die sich vom politischen System abgewandt haben, weil sie ihre Werte politisch nicht mehr vertreten fühlen. Daher kann dieser Teil des „Reichsbürger“-Spektrums mit dem Begriff der „Staatsverdrossenheit“ charakterisiert werden. In Brandenburg versuchen bundesweit operierende Aktivisten aus dem „Reichsbürger“-Milieu – u.a. Mustafa Selim Sürmeli mit seinem „Internationalen Centrum für Menschenrechte/Zentralrat Europäischer Bürger“ aus Stade bei Hamburg – Einfluss zu gewinnen....“,“**

Die nichttoten und geistiglebendigen Menschen versuchen sich nach gewaltsamer Prototypisierung zu befreien, da Straftaten gegen die Rechte des Menschen (fälschlicherweise als Straftaten gegen die persönliche Freiheit bezeichnet), begangen werden. Das Streben des Menschen ist ein natürlicher Vorgang der Genesis aus dem Exodus.

Wenn Sie sonst keine Rechthilfe bekommen können, müssen sich die Menschen an Menschen wenden, die Grundrecht berechtigt sind, um sich Grundrechte zu beleihen. Ich, der geistiglebendige Mensch, Mustafa-Selim von Amasya, der Ich zu Recht bin, bin für meine Rechtdurchsetzung meiner Person SÜRMELI oder S Ü R M E L I nicht verpflichtet, vom Rechtsbehelf der Justiz Gebrauch zu machen (Sürmeli ./BRD [GK], Nr. 75529/01, Rdnrn. 103-108, CEDH 2006-..., 76680/01), denn Recht kann körperlich nicht erfaßt werden. Nach Art. 6 EGBGB ist jede Handlung der jP. Bundesrepublik Deutschland gegen meinen ausdrücklichen Willen verfassungswidrig, da Ich Grundrecht berechtigt bin, die Grundrechterlaubnis zu erteilen.

Aus diesem Grund wurden die globalen Nichtregierungsorganisationen analog Art. 142 Genfer Abkommen IV nach dem völkerrechtlichen Vertrag 0.518.51 begründet.

Das Internationale Zentrum für Menschen ist

gemäß Art. 24 (2-3), 25 Grundgesetz nach natürlich-völkerrechtlichem Vertrag
und nach dispositivrechtlichen Verträgen
Art. 1, 125, 127 im Vertrag 0.518.42 Genfer Abkommen
Art. 1, 142, 144 im Vertrag 0.518.51 Genfer Abkommen

völkerrechtliche Schutzvereinbarungen:

UN-RES A/66/462/Add.2, UN-RES 43/225, UN-A/RES/66/164, UN-A/RES/53/144,
UN-A/RES/53/625/Add. 2, UN-DOC A/C.5/43/18 sowie
UN-Resolution A/RES/217, UN-Doc. 217/A-(III) 56/83 zu ILC gemäß Art. 73 UN-Charta

AEMR = Allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10.12.1948

IPBPR = Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte v. 19.12.1966

EMRK = Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4.11.1950

EcoSoC = Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte v. 19.12.1966

Bundesrepublik – Grundlagen StGBI. Nr. 139/1918 vom 19.12.1918
Regulierungsakt HK vom 05.10.1961, WüD vom 18/24.04.1961, §§ 18-20 GVG, § 2 VwVfG, § 40 VwGO

Beweisurkunden mit absoluter Beweiskraft:

Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 113/2009 IZMR, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 15 /2014
 Landesnotar Johst Matthies, Tostedt, Urkunde 114/2009 – ZEB, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 85 – 16 /2014
 Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM, Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013

als Schutzmacht für die Menschen anerkannt und als solche von den Behörden der jP. Bundesrepublik Deutschland auch anzuerkennen!

Im Handbuch „Reichsbürger“ werden nicht nur die Menschenrechtöper völkerechtlich verleumdet, sondern auch die jP. „SÜRMELI“, der völkerechtlich im Vertrag 0.518.51 umfassend Grundrecht berechtigt ist, wird hier öffentlich diffamiert und diskreditiert. Es liegt ein Verstoß gegen Art. 142 genfer Abkommen IV vor, da der Leumund der Organisation, die wirksame Hilfe der Organisation nach § 10 VStGB, Art. 19 (3) Grundrecht, verletzt ist.

Die positiven Vertragverletzungen in

Art. 1, 47, 132 142-149 im Vertrag 0.518.51 genfer Abkommen IV.

gemäß Anlage zu § 8 Abs. 6 Nr. 1 VStGB sind obligatorisch begangen worden. Andernfalls benennen sie dringend die öffentliche Stelle, die hierfür zuständig ist.

Person SÜRMELI ist institutionell
öffentlich-institutionelle Bestätigung: Feststellung - Vertrag 75529/01 SÜRMELI
Europäischer Gerichtshof für Menschenrecht

ist in 47 Mitgliedstaaten des Europarats
 in öffentlicher Feststellung der Unterwerfung
 umfassend Grundrecht berechtigt und Grundrecht fähig!

Hinweis:

Art. 19 (3) Grundrecht, Art. 24 (2-3), 25 Grundgesetz, Art. 53 EMRK

Die Menschenrechtverletzung ist nicht beendet, wenn sie festgestellt wird, sondern, wenn sie durch Restitution und Amnestie bei den Opfern rehabilitiert ist, um

1. den Verantwortlichen für sein Verhalten zu bestrafen (**Repression**),
2. ihn davon abzuhalten, erneut dieses rechtwidrige Verhalten fort zu setzen (**Spezialprävention**)
und
3. auch andere davon abzuhalten (**Generalprävention**).

Es besteht nach Art. 1, 142-149 genfer Abkommen IV unbedingter Verfolgungszwang nach §§ 220a, 221 StGB, denn der Vertrag muß unbedingt eingehalten und seine Einhaltung, die Strafverfolgung, erzwungen werden. Nach den bisherigen Ermittlungen sind mehr als 2.000 juristische Funktionsbedienstete angestiftet worden, diese völkerechtlich-schweren Straftaten in der Praxis gegen Menschen anzuwenden, um Sie in den Existenzrechten formaljuristisch prototypisch rechtlos zu stellen.

**Dabei werden die grundlegenden Elemente der Menschheit, das Naturrecht verletzt,
das unverletzliche und unveräußerliche Individualrecht.**

Der Mensch wird als ganzheitlicher Körper, Seele und Geist frei in Liebe geboren, trägt die schöpferische Botschaft als Grenze auf Erden und alle Rechte in der Welt in Sich, weil Er Mensch ist. Der Mensch, als Inhaber der tatsächlichen Gewalt auf Erden, ist im heiligen Auftrag des Schöpferbundes als Terminus Urheber und begünstigter Walter des Sachenrecht.

Jura singulorum, die Rechte der einzelnen Menschen als individuelles Rechtgut, das unverletzliche und unveräußerliche Freiheit(s)recht, ist nicht verhandelbar.

Liegt jura singulorum vor, kann eine Gesellschaft des Personalkult(s) nicht in unverantwortlich demokratischer Abstimmung den Inhaber dieser Rechte überstimmen. Der Inhaber des "jura singulorum", der Mensch, ist frei in Seiner Entscheidung, da Er als Mensch Inhaber der tatsächlichen Gewalt auf Erden in der Welt ist.

Juristische Personen zwischen Art. 20 - 146 GG sind daher dem Recht des Menschen Grundrecht verpflichtet. Wenn die Person zum Inhaber und Urheberrecht des Menschen gehört, kann der Grundrecht verpflichtete jP. Staat nicht das Recht an der Person haben. Jurisdiktion, Justiz und justieren sind im Grundrecht verboten. Justiz ist daher kein Recht.

Ich, 08.03.2016 mustafa-selim von Amasya– ganzheitlich geistiglebediGener Mensch

Gerichthof der Menschen

Urkunden

**Landesnotar Ralf Grosser, Tostedt, Urkunde 139/2013 – GdM
Landgericht STADE, Apostille 9191 a 84 – 9 /2013**

öffentlich einsehbar



Deutsche Nationalbibliothek

Frankfurt Signatur: 2014 B 2448 und Leipzig Signatur: 2013 B 38170

Der Gerichthof der Menschen ist bei der Deutschen Nationalbibliothek unter dem Regulierungsakt RG 70 404 736 0DE und Signaturen 2014 B 2448 (F) und 2013 B 38170 (L) seit dem 29.11.2013 aufgenommen.

Grundrecht / Grundgesetz

Art. 19 (3) Grundrecht

Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen (Art. 142 genfer Abkommen IV), soweit sie ihrem Wesen (eine den Menschen Rechthilfe bringende globale Nichtregierungsorganisation - die Schutzmacht) nach auf diese anwendbar sind.

Art 24 Grundgesetz

(1) Der Bund kann durch Gesetz Hoheitsrechte auf zwischenstaatliche Einrichtungen übertragen.
(1a) Soweit die Länder für die Ausübung der staatlichen Befugnisse und die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zuständig sind, können sie mit Zustimmung der Bundesregierung Hoheitsrechte auf grenznachbarschaftliche Einrichtungen übertragen.

(2) Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern. (3) Zur Regelung zwischenstaatlicher Streitigkeiten wird der Bund Vereinbarungen über eine allgemeine, umfassende, obligatorische, internationale Schiedsgerichtsbarkeit (Art. 149 genfer Abkommen IV.) beitreten.

Art 25 Grundgesetz - entspricht § 42 VwGO !

Die allgemeinen Regeln des Völkerrecht (Art. 1, 142, 144 genfer Abkommen IV.) sind Bestandteil des Bundesrecht. Sie gehen den Gesetzen vor und erzeugen Rechte und Pflichten unmittelbar für die Bewohner des Bundesgebietes.

Amt für Menschenrecht:

Rechtaufsicht der Behörden (Art. 24,-25 GG, § 42 VwGO, Art. 1-2 ÜLV)

§ 42

2. Teil. Kommentar

liehene“ zwar der Luftfahrzeugführer (§ 29 Abs. 3 LuftVG; so auch BGH NJW 1983, 448) und der Seeschiffskapitän (§ 106 SeemannsG), nicht aber Betriebspersonal von Omnibussen (etwa wegen § 14 BOKraft). Zu Sportvereinen, die Sportbootführerscheine ausstellen, vgl. VG München v. 12.12. 1984, BayVBl. 86, 732. *Nicht* „Beliehen“ ist privater Betreiber einer *Abfalldeponie* aufgrund § 3 Abs. 2, 4 AbfG (BaWüVG v. 11.9. 1984, NVwZ 85, 437), private *Auskunftei* bzgl. des Datenschutzes (OVG Münster v. 30.9. 1980, GewArch. 81, 124).

116 b) **Besatzungsmacht.** Eine *Zurechnung* kann *nur* vorgenommen werden, wenn die *Tätigkeit* der Behörde auf Willensäußerungen *des Staates* rückführbar ist. Ein – der Anfechtungsklage unterliegender – Verwaltungsakt ist mithin nur gegeben, soweit ein Sachverhalt *kraft eigener Autorität* des Staates geregelt wird. Auch die *Gerichtbarkeit* reicht (räumlich und sachlich) *nicht weiter als* die sie tragende *Staatsgewalt* (vgl. OGH BZ v. 31.3. 1949, NJW 49, 502, und BVerfG v. 18.10. 1967, DVBl. 68, 466).

117 An der eigenen Autorität fehlt es, wenn an die Stelle der Staatsgewalt unmittelbar eine *übergeordnete Gewalt* tritt; im übrigen wäre hier der Verwaltungsrechtsweg schon wegen fehlender deutscher Gerichtbarkeit *schlechthin* ausgeschlossen. Akte der *früheren Militärregierungen* (vgl. dazu die ausdrückliche Vorschrift in Art. VI MRG Nr. 2, ferner SJZ 48, 779) und der *Hohen Kommission* sind daher keine Verwaltungsakte im Sinne des § 42 (gegenüber einer Anordnung der Besatzungsmacht war auch die Berufung auf ein *Grundrecht* der Verfassung *ausgeschlossen*, da Befehle der Besatzungsmacht der Verfassung vorgingen; BayVerfGH v. 12.4. 1948, VRspr. 1 Nr. 3). Auch heute noch sind die *deutschen Gerichte durch Art. 2 Abs. 1 des Überleitungsvertrages* i. d. F. v. 30.3. 1955 (BGBl. II S. 301/405) daran *gehindert*, Maßnahmen der Besatzungsmacht auch nur *incidenter* für rechtswidrig zu erklären (BVerwG v. 1.3. 1968, VRspr. 19 Nr. 202).

118 Die eigene *Autorität* des Staates wird *nicht* dadurch *aufgehoben*, daß Verwaltungsakte auf Normen zurückzuführen sind, zu deren Setzung der Staat auf Grund etwa eines *Staatsvertrages* völkerrechtlich *verpflichtet* war. Diese Verpflichtung ergab sich aus Willensentschluß des Staates. Gegen die fraglichen Verwaltungsakte ist mithin Anfechtungsklage in vollem Umfang zulässig.

119 Der Rechtsschutz gegen Akte von *Organen der Europäischen Gemeinschaften* ist im *Anhang zu § 40* – Auswirkungen des Europäischen Gemeinschaftsrechts auf das Verfahren nach der VwGO – eingehend behandelt. Zu Verwaltungsakten der *Religionsgemeinschaften* vgl. RdNr. 82 ff. zu § 40.

120 IV. Der *Kläger* – gilt *auch* für den *Berufungsführer*, BVerwG v. 5.7. 1974, NJW 75, 550 (dazu Bühren, JuS 76, 512) – *muß* – substantiiert, vgl. BaWüVG in VRspr. 10 Nr. 156 – „*geltend machen*“, durch den Verwaltungsakt oder seine Ablehnung oder Unterlassung „in seinen Rechten verletzt zu sein“, also *durch ein rechtswidriges Tun oder Unterlassen* der öffentlichen Hand *beschwert zu sein*. Über Klagebefugnis von *Behörden* s. RdNr. 9 a zu § 61.

Quelle : Zuständigkeit für den kategorischen Vollzug der völkerrechtlichen Abkommen

genfer Abkommen 0.518.51

**Teil I
Allgemeine Bestimmungen**

Art. 1

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

**Teil IV
Vollzug des Abkommens
Abschnitt I
Allgemeine Bedingungen**

Art. 142

Unter Vorbehalt der Massnahmen, die die Gewahrsamstaaten für unerlässlich erachten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten oder jedem andern vernünftigen Erfordernis zu begegnen, sollen sie den religiösen Organisationen, Hilfsgesellschaften oder jeder andern, den geschützten Personen Hilfe bringenden Körperschaften die beste Aufnahme gewähren. Sie sollen ihnen wie auch ihren gebührend akkreditierten Delegierten alle notwendigen Erleichterungen gewähren, damit sie die geschützten Personen besuchen, Hilfssendungen und für Erziehungs-, Erholungs- oder Religionszwecke dienende Gegenstände irgendwelcher Herkunft an sie verteilen oder ihnen bei der Gestaltung der Freizeit innerhalb der Internierungsorte helfen können. Die genannten Gesellschaften oder Organisationen können auf dem Gebiete des Gewahrsamsstaates oder in einem andern Land gegründet werden oder aber internationalen Charakter haben.

Der Gewahrsamsstaat kann die Anzahl der Gesellschaften und Organisationen, deren Delegierte ermächtigt sind, ihre Tätigkeit auf seinem Gebiet und unter seiner Aufsicht auszuüben, begrenzen; durch eine solche Begrenzung darf jedoch die wirksame und ausreichende Hilfeleistung an alle geschützten Personen nicht behindert werden.

Art. 144

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmass zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.

Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder andern Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.

*Übersetzung*¹**0.518.51**

Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten²

Abgeschlossen in Genf am 12. August 1949

Von der Bundesversammlung genehmigt am 17. März 1950³

Schweizerische Ratifikationsurkunde hinterlegt am 31. März 1950

In Kraft getreten für die Schweiz am 21. Oktober 1950

Die unterzeichneten Bevollmächtigten der Regierungen, die an der vom 21. April bis 12. August 1949 in Genf zur Ausarbeitung eines Abkommens für den Schutz der Zivilpersonen in Kriegszeiten versammelten diplomatischen Konferenz vertreten waren, haben folgendes vereinbart:

Teil 1 Allgemeine Bestimmungen

Art. 1

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, das vorliegende Abkommen unter allen Umständen einzuhalten und seine Einhaltung durchzusetzen.

Art. 2

Ausser den Bestimmungen, die bereits in Friedenszeiten zu handhaben sind, ist das vorliegende Abkommen in allen Fällen eines erklärten Krieges oder jedes anderen bewaffneten Konflikts anzuwenden, der zwischen zwei oder mehreren der Hohen Vertragsparteien entsteht, und zwar auch dann, wenn der Kriegszustand von einer dieser Parteien nicht anerkannt wird.

Das Abkommen ist auch in allen Fällen vollständiger oder teilweiser Besetzung des Gebietes einer Hohen Vertragspartei anzuwenden, selbst wenn diese Besetzung auf keinen bewaffneten Widerstand stösst.

Wenn eine der im Konflikt befindlichen Mächte am vorliegenden Abkommen nicht beteiligt ist, bleiben die daran beteiligten Mächte in ihren gegenseitigen Beziehungen gleichwohl durch das Abkommen gebunden. Sie sind aber durch das Abkommen auch gegenüber dieser Macht gebunden, wenn diese dessen Bestimmungen annimmt und anwendet.

AS 1951 300; BBl 1949 II 1181

¹ Der französische Originaltext findet sich unter der gleichen Nummer in der französischen Ausgabe dieser Sammlung.

² Siehe auch die Zusatzprot. I und II vom 8. Juni 1977 (SR 0.518.521/5 22).

³ AS 1951 175

Teil IV
Vollzug des Abkommens
Abschnitt I
Allgemeine Bedingungen**Art. 142**

Unter Vorbehalt der Massnahmen, die die Gewahrsamstaaten für unerlässlich erachten, um ihre Sicherheit zu gewährleisten oder jedem andern vernünftigen Erfordernis zu begegnen, sollen sie den religiösen Organisationen, Hilfsgesellschaften oder jeder andern, den geschützten Personen Hilfe bringenden Körperschaften die beste Aufnahme gewähren. Sie sollen ihnen wie auch ihren gebührend akkreditierten Delegierten alle notwendigen Erleichterungen gewähren, damit sie die geschützten Personen besuchen, Hilfssendungen und für Erziehungs-, Erholungs- oder Religionszwecke dienende Gegenstände irgendwelcher Herkunft an sie verteilen oder ihnen bei der Gestaltung der Freizeit innerhalb der Internierungsorte helfen können. Die genannten Gesellschaften oder Organisationen können auf dem Gebiete des Gewahrsamsstaates oder in einem andern Land gegründet werden oder aber internationalen Charakter haben.

Der Gewahrsamsstaat kann die Anzahl der Gesellschaften und Organisationen, deren Delegierte ermächtigt sind, ihre Tätigkeit auf seinem Gebiet und unter seiner Aufsicht auszuüben, begrenzen; durch eine solche Begrenzung darf jedoch die wirksame und ausreichende Hilfeleistung an alle geschützten Personen nicht behindert werden.

Die besondere Stellung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz auf diesem Gebiete soll jederzeit anerkannt und respektiert werden.

Art. 143

Die Vertreter oder Delegierten der Schutzmächte sind ermächtigt, sich an alle Orte zu begeben, wo sich geschützte Personen befinden, namentlich an alle Internierungs-, Gefangenhaltungs- und Arbeitsorte.

Sie sollen zu allen von geschützten Personen benützten Räumlichkeiten Zutritt haben und sich mit ihnen ohne Zeugen, wenn nötig durch Vermittlung eines Dolmetschers, unterhalten können.

Diese Besuche dürfen nur aus zwingenden militärischen Gründen und bloss ausnahmsweise und vorübergehend untersagt werden. Ihre Häufigkeit und Dauer dürfen nicht begrenzt werden.

Den Vertretern und Delegierten der Schutzmächte ist betreffend die Wahl der Orte, die sie zu besuchen wünschen, jede Freiheit zu lassen. Der Gewahrsams- oder Besatzungsstaat, die Schutzmacht und gegebenenfalls der Heimatstaat der zu besuchenden Personen können übereinkommen, Landsleute von Internierten zur Teilnahme an diesen Besuchen zuzulassen.

Die Delegierten des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sollen die gleichen Vorrechte geniessen. Die Bezeichnung dieser Delegierten bedarf der Genehmigung der Macht, in deren Gewalt sich die Gebiete befinden, wo sie ihre Tätigkeit auszuüben haben.

Art. 144

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, in Friedens- und in Kriegszeiten den Wortlaut des vorliegenden Abkommens in ihren Ländern im weitestmöglichen Ausmass zu verbreiten und insbesondere sein Studium in die militärischen und wenn möglich zivilen Ausbildungsprogramme aufzunehmen, damit die Gesamtheit der Bevölkerung seine Grundsätze kennen lernen kann.

Die zivilen, militärischen, polizeilichen oder andern Behörden, die in Kriegszeiten eine Verantwortung in bezug auf geschützte Personen übernehmen, müssen den Wortlaut des Abkommens besitzen und über dessen Bestimmungen besonders unterrichtet werden.

Art. 145

Die Hohen Vertragsparteien sollen sich gegenseitig durch Vermittlung des Schweizerischen Bundesrates und während der Feindseligkeiten durch Vermittlung der Schutzmächte die amtlichen Übersetzungen des vorliegenden Abkommens sowie die Gesetze und Verordnungen zustellen, die sie zur Gewährleistung seiner Anwendung unter Umständen erlassen.

Art. 146

Die Hohen Vertragsparteien verpflichten sich, alle notwendigen gesetzgeberischen Massnahmen zur Festsetzung von angemessenen Strafbestimmungen für solche Personen zu treffen, die irgendeine der im folgenden Artikel umschriebenen schweren Verletzungen des vorliegenden Abkommens begehen oder zu einer solchen Verletzung den Befehl erteilen.

Jede Vertragspartei ist zur Ermittlung der Person verpflichtet, die der Begehung oder der Erteilung eines Befehles zur Begehung der einen oder andern dieser schweren Verletzungen beschuldigt sind und hat sie ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit vor ihre eigenen Gerichte zu ziehen. Wenn sie es vorzieht, kann sie sie auch gemäss den ihrer eigenen Gesetzgebung vorgesehenen Bedingungen zur Aburteilung einer andern an der Verfolgung interessierten Vertragspartei übergeben, sofern diese gegen die erwähnten Personen ausreichende Beschuldigungen nachgewiesen hat.

Jede Vertragspartei soll die notwendigen Massnahmen ergreifen, um auch diejenigen Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen des vorliegenden Abkommens zu unterbinden, die nicht zu den im folgenden Artikel umschriebenen schweren Verletzungen zählen.

Unter allen Umständen müssen die Angeklagten nicht geringere Sicherheiten in bezug auf Gerichtsverfahren und freie Verteidigung geniessen als die in Artikel 105 ff. des Genfer Abkommens vom 12. August 1949¹³ über die Behandlung der Kriegsgefangenen vorgesehenen.

Art. 147

Als schwere Verletzungen, wie sie im vorhergehenden Artikel erwähnt sind, gelten jene, die die eine oder andere der folgenden Handlungen umfassen, sofern sie gegen Personen oder Güter begangen werden, die durch das vorliegende Abkommen geschützt sind: vorsätzlicher Mord, Folterung oder unmenschliche Behandlung, einschliesslich biologischer Experimente, vorsätzliche Verursachung grosser Leiden oder schwere Beeinträchtigung der körperlichen Integrität der Gesundheit, ungesetzliche Deportation oder Versetzung, ungesetzliche Gefangenhaltung, Nötigung einer geschützten Person zur Dienstleistung in den bewaffneten Kräften der feindlichen Macht oder Entzug ihres Anrechts auf ein ordentliches und unparteiisches, den Vorschriften des vorliegenden Abkommens entsprechendes Gerichtsverfahren, das Nehmen von Geiseln sowie Zerstörung und Aneignung von Gut, die nicht durch militärische Erfordernisse gerechtfertigt sind und in grossem Ausmass auf unerlaubte und willkürliche Weise vorgenommen werden.

Art. 148

Eine Hohe Vertragspartei kann weder sich selbst noch eine andere Vertragspartei von den Verantwortlichkeiten befreien, die ihr selbst oder einer andern Vertragspartei auf Grund der im vorhergehenden Artikel erwähnten Verletzungen zufallen.

Art. 149

Auf Begehren einer am Konflikt beteiligten Partei soll gemäss einem zwischen den beteiligten Parteien festzusetzenden Verfahren eine Untersuchung eingeleitet werden über jede behauptete Verletzung des Abkommens.

Kann über das Untersuchungsverfahren keine Übereinstimmung erzielt werden, so sollen sich die Parteien über die Wahl eines Schiedsrichters einigen, der über das zu befolgende Verfahren zu entscheiden hat.

Sobald die Verletzung festgestellt ist, sollen ihr die am Konflikt beteiligten Parteien ein Ende setzen und sie so rasch als möglich ahnden.

¹³ SR 0.518.42

Art. 19 III GG: Fallgruppen

1. j.P. des Privatrechts in privater Hand (AG, GmbH, e.V., oHG, KG u.dgl.): unproblematisch (+) – Ausn.: Art. 1 I, Art. 2 II, Art. 6 GG u.a. (s.o.)
2. j.P. des Privatrechts in öffentlicher Hand (Eigengesellschaften u.dgl.): grdsl. nicht grundrechtsfähig (BVerfGE 45, 63 [79] – Stadtw. Hammeln); P.: private Minderheitsgesellschafter – str.
3. j.P. des öffentlichen Rechts (Gemeinden, sonst. Körperschaften, Anstalten, Stiftungen) grdsl. <i>nicht</i> grundrechtsfähig, aber: – generelle Ausn.: justizielle Grundrechte (Art. 19 IV, Art. 101 I, Art. 103 I GG); Willkürverbot (Art. 3 I GG); – spezifische Ausn. wegen „grundrechtstypische Gefährdungslage“: partielle Grundrechtsfähigkeit für <ul style="list-style-type: none"> • Kirchen und Religionsgemeinschaften (wegen Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 V GG) • öff.-rechtl. Rundfunkanstalten (bzgl. Art. 5 I 2, Art. 10 GG) • Universitäten, Fakultäten (bzgl. Art. 5 III GG) <i>nicht</i> grundrechtsfähig: Gemeinden und Gemeindeverbände (BVerfGE 61, 82 [101] – Sasbach), rügbar aber Verletzung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts als grundrechts- ähnliches Recht, Art. 28 II, Art. 93 I Nr. 4b GG (Landesverfassungsrecht vorrangig)

Der Rechtsstatus nicht eingetragener Vereine und ihrer Mitglieder*

Insbesondere Gewerkschaften, politische Parteien und Religionsgemeinschaften sind oftmals körperschaftlich organisiert (nämlich Mitgliedschaftlich verfasst und in ihrem Bestand vom Wechsel ihrer einzelnen Mitglieder unabhängig), aber weder als Verein¹ in einem Vereinsregister eingetragen, noch (im Falle von Religionsgemeinschaften) mit Körperschaftsstatus i.S.d. Art. 140 GG i.V.m. Art. 137 Abs. 5 WRV ausgestattet.

• solche Vereine sind keine juristischen Personen, stellen also neben ihren Mitgliedern keine eigenständigen Rechtssubjekte dar und sind grds. nicht fähig, Träger von Rechten und Pflichten zu sein, sind jedenfalls nicht vollrechtsfähig. Sie werden als „nicht rechtsfähige Vereine“ (§ 54 BGB) oder treffender schlicht als „nicht eingetragene Vereine“² bezeichnet.

• auf nicht eingetragene Vereine ist gem. § 54 Satz 1 BGB eigentlich das Recht der GbR (§§ 705 ff. BGB) anzuwenden. Einzelne Regelungen des GbR-Rechts können durch die Vereinssatzung abbedungen werden. Da die Vorschriften über die Personengesellschaften GbR auf die körperschaftlich organisierten Vereine oftmals nicht passen ist in Lehre und Rechtsprechung anerkannt, dass selbst bei Fehlen entsprechender abweichender Regelungen in der Vereinssatzung solche nicht passenden Vorschriften als stillschweigend ausgeschlossen anzusehen und stattdessen die Vorschriften über rechtsfähige Vereine (§§ 21 ff. BGB) analog anzuwenden sind, soweit diese nicht gerade die Rechtsfähigkeit bzw. die für die Rechtsfähigkeit konstitutive Vereinsregistereintragung voraussetzen.³

• nicht eingetragene Vereine können mangels Rechtspersönlichkeit nicht Träger eines Vereinsvermögens (der Summe aller geldwerten Güter wie beweglicher Sachen, Immobilien, Forderungen etc.) sein;⁴ das Vermögen ist vielmehr gemeinschaftliches Vermögen der Vereinsmitglieder (Gesamthandsvermögen; es sind also nicht die einzelnen Mitglieder Eigentümer eines eigenen Bruchteils, sondern alles gehört allen Mitgliedern gemeinschaftlich),⁵ welches als den Vereinszwecken gewidmetes Sondervermögen der Mitglieder zugleich von deren Privatvermögen zu unterscheiden ist.

• beim Austritt eines Mitglieds aus einem nicht eingetragenen Verein wächst sein Anteil am Vereinsvermögen gem. § 738 Abs. 1 Satz 1 BGB den übrigen Vereinsmitgliedern zu; ein Anspruch des austretenden Mitglieds auf Auseinandersetzung gem. § 738 Abs. 1 Satz 2 BGB ist dagegen als zumindest stillschweigend ausgeschlossen (s.o.) anzusehen.⁶

• nicht eingetragene Vereine sind auch nicht grundbuchfähig; einzutragen sind gem. § 47 GBO vielmehr alle Vereinsmitglieder mit dem Hinweis, dass sie in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des nicht eingetragenen Vereins eingetragen sind.⁷ Da dies in Hinblick auf den Ein- und Austritt von Mitgliedern unpraktikabel ist, behilft man sich in der Praxis oft mit einem Treuhänder.⁸

• Klagen:

• der Gesetzgeber hat lediglich Gewerkschaften in arbeitsgerichtlichen Verfahren (§ 10 ArbGG) und politischen Parteien allgemein (§ 3 Satz 1 PartG) – nicht aber deren Ortsverbänden – die Möglichkeit eingeräumt, Klägerin in einem Prozess zu sein (aktive Parteifähigkeit). Im Übrigen können nicht eingetragene Vereine mangels Rechtspersönlichkeit nicht selbst Kläger sein (§ 50 Abs. 1 ZPO). Zwar hat der BGH Gewerkschaften entgegen § 50 Abs. 1 ZPO Parteifähigkeit auch im Zivilprozess zugestanden⁹ und eine im Vordringen befindliche Lehrmeinung möchte die aktive Parteifähigkeit auf alle nichtrechtsfähigen Vereine ausdehnen,¹⁰ doch ist der BGH dieser Ansicht bislang nicht gefolgt.¹¹ Will also ein nicht eingetragener Verein bspw. auf Erfüllung eines Vertrags klagen, müssten alle Vereinsmitglieder klagen – die Mitglieder können ihre Forderung zur Vereinfachung aber an ein Vereinsmitglied abtreten, welches dann im eigenen Namen die Forderung einklagen kann.

• nicht eingetragene Vereine können jedoch verklagt werden (§ 50 Abs. 2 ZPO, passive Parteifähigkeit).

• Haftung im Außenverhältnis:

• für rechtsgeschäftliche Verbindlichkeiten eines nicht eingetragenen Vereins ggü. Dritten haften die Vereinsmitglieder als Gesamtschuldner i.S.d. § 421 BGB; die Haftung kann dabei ausdrücklich durch Vereinssatzung oder ist zumindest als stillschweigend (s.o., hier betreffend § 714 BGB) auf das Gesamthandsvermögen der Vereinsmitglieder beschränkt anzusehen (die Mitglieder haften also nicht mit ihrem Privatvermögen, sondern nur mit ihrem Anteil am Vereinsvermögen). Umstritten ist, ob seit dem Grundsatzurteil des BGH zur Teilrechtsfähigkeit von Außen-

* Der Verfasser C. Löser (Mai 2008) ist Mitglied der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Greifswald.

1 Idealverein (nichtwirtschaftlicher Verein, § 21 BGB) im Gegensatz zum Wirtschaftsverein (wirtschaftlicher Verein, § 22 BGB).

2 So auch Karsten Schmidt, Gesellschaftsrecht, 4. Aufl., Köln/Berlin/Bonn/München 2002, § 25 II 1 a; Dieter Reuter, Persönliche Haftung für Schulden des nichtrechtsfähigen Vereins, in: NZG 2004, 217 (217).

3 Hans Brox, Allgemeiner Teil des BGB, 29. Aufl., Köln/Berlin/München 2005, Rn 770; BGHZ 43, 316 (319 f.), Urteil vom 26. April 1965, Az. VIII ZR 95/63 = NJW 1965, 1436 (1437); BGHZ 50, 325 (328 f.), Urteil vom 11. Juli 1968, Az. VII ZR 63/66 = NJW 1968, 1830 (1830).

4 Anderer Ansicht Karsten Schmidt, Die BGB-Außengesellschaft: rechts- und parteifähig. Besprechung des Grundlagenurteils II ZR 331/00 vom 29. 1. 2001, in: NJW 2001, 993 (1003).

5 BGHZ 43, 316 (319) = NJW 1965, 1436 (1437); BGHZ 50, 325 (329) = NJW 1968, 1830 (1830).

6 RGZ 113, 125 (135), Urteil vom 15. März 1926, Az. IV 604/24; BGHZ 50, 325 (329) = NJW 1968, 1830 (1830); Heinrichs/Ellenberger, in: Palandt, BGB Kommentar, 67. Aufl., München 2008, § 54, Rn 7.

7 K. Schmidt, Gesellschaftsrecht (Fn 2), § 25 II 1 b.

8 BGHZ 43, 316 (320) = NJW 1965, 1436 (1437).

9 BGHZ 50, 325 (333 f.) = NJW 1968, 1830 (1831 f.).

10 K. Schmidt, Gesellschaftsrecht (Fn 2), § 25 IV 1 b mit weiteren Nachweisen.

11 BGHZ 109, 15 (17 ff.), Urteil vom 6. Okt. 1989, Az. V ZR 152/88 = NJW 1990, 186 (186 f.).

Exkurs: Juristische Personen als Beschwerdeführer
**Besonderheiten bei der Prüfung der Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde
 (Art. 93 I Nr. 4a GG, §§ 13 Nr. 8a, 90 ff. BVerfGG)**
1. Grundrechtsberechtigung juristischer Personen, Art. 19 III GG:

- Art. 19 III GG erkennt die Grundrechtsberechtigung allen zivilrechtlichen Personenmehrheiten zu, die entweder voll- oder teilrechtsfähig sind; der verfassungsrechtliche Begriff der juristischen Person ist somit weiter als der einfach-gesetzliche
- Inländisch: maßgeblich ist der satzungsmäßige Sitz der Hauptverwaltung; wie bei den Deutschengrundrechten müssen juristische Personen mit Sitz in einem EU-Mitgliedstaat den inländischen gleichgestellt werden, Art. 18 AEUV (Diskriminierungsverbot)
 - Ausländischen juristischen Personen stehen jedoch die Verfahrensgrundrechte, Art. 101 I, 103 I GG zu
- Wesensmäßige Anwendbarkeit: Grundrecht darf nicht an Qualifikationen anknüpfen, die juristischen Personen fehlen, z.B. Menschenwürde
 - Jedenfalls anerkannt bei: Art 2 I, 3 I, 9, 12 I, 13, 14 I, 101 I, 103 I GG
- BVerfG: Für *juristische Personen des öffentlichen Rechts* gelten die Grundrechte grundsätzlich nicht, da hinter diesen der Staat stehe; der Staat können nicht gleichzeitig grundrechtsverpflichtet und -berechtigt sein (Konfusions- und Durchscheinargument);
 - Ausnahme 1: Verfahrensgrundrechte (Art 101 I, 103 I GG)
 - Ausnahme 2: wenn sie unmittelbar dem durch die Grundrechte geschützten Lebensbereich zuzuordnen sind; sog. grundrechtsdienende juristische Personen, die auch dem Bürger zur Verwirklichung seiner individuellen Grundrechte dienen, z.B. Universitäten (Wissenschaftsfreiheit, Art. 5 III 1 GG)
 - Universitäten: Art. 5 III 1 GG
 - Rundfunkanstalten: Art 5 I GG
 - Kirchen: umfassend grundrechtsberechtigt, soweit wesensmäßige Anwendbarkeit gegeben

StGB – Verkettete Straftaten aus dem Handbuch „Reichsbürger“

- § 123 Hausfriedensbruch
- § 124 schwerer Hausfriedensbruch
- § 125 Landfriedensbruch
- § 125a besonders schwerer Fall des Landfriedensbruchs
- § 126 Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten
- § 127 Bildung bewaffneter Gruppen
- § 129 Bildung krimineller Vereinigungen
- § 129a Bildung terroristischer Vereinigungen
- § 129b kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland;
erweiterter Verfall und Einziehung
- § 130 Volksverhetzung
- § 130a Anleitung zu Straftaten
- § 131 Gewaltdarstellung
- § 132 Amtsanmaßung
- § 132a Mißbrauch von Titeln, Berufsbezeichnungen und Abzeichen
- § 133 Verwahrungsbruch
- § 134 Verletzung amtlicher Bekanntmachungen
- § 136 Verstrickungsbruch; Siegelbruch
- § 138 Nichtanzeige geplanter Straftaten
- § 139 Straflosigkeit der Nichtanzeige geplanter Straftaten
- § 140 Belohnung und Billigung von Straftaten
- § 142 unerlaubtes Entfernen vom Unfallort
- § 145 Mißbrauch von Notrufen und Beeinträchtigung von Unfallverhütungs- und Nothilfemitteln
- § 145a Verstoß gegen Weisungen während der Führungsaufsicht
- § 145c Verstoß gegen das Berufsverbot
- § 145d Vortäuschen einer Straftat
- § 169 Personenstands Fälshung
- § 170 Verletzung der Unterhaltspflicht
- § 171 Verletzung der Fürsorge- oder Erziehungspflicht
- § 180a Ausbeutung von Prostituierten
- § 181a Zuhälterei
- § 181b Führungsaufsicht
- § 181c Vermögensstrafe und Erweiterter Verfall
- § 183 exhibitionistische Handlungen
- § 183a Erregung öffentlichen Ärgernisses
- § 184a Verbreitung gewalt- oder tierpornographischer Schriften
- § 211 Mord
- § 212 Totschlag
- § 213 Minder schwerer Fall des Totschlags
- § 216 Tötung auf Verlangen
- § 217 Geschäftsmäßige Förderung der Selbsttötung
- § 218 Schwangerschaftsabbruch
- § 218a Straflosigkeit des Schwangerschaftsabbruchs
- § 218b Schwangerschaftsabbruch ohne ärztliche Feststellung; unrichtige ärztliche Feststellung
- § 218c ärztliche Pflichtverletzung bei einem Schwangerschaftsabbruch

- § 219 Beratung der Schwangeren in einer Not- und Konfliktlage
- § 219a Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft
- § 219b Inverkehrbringen von Mitteln zum Abbruch der Schwangerschaft
- § 220a Völkermord
- § 221 Aussetzung
- § 222 fahrlässige Tötung
- § 232 Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung
- § 233 Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft
- § 233a Förderung des Menschenhandels
- § 233b Führungsaufsicht, erweiterter Verfall
- § 234 Menschenraub
- § 234a Verschleppung
- § 235 Entziehung minderjähriger Kinder
- § 236 Kinderhandel
- § 237 Zwangsheirat
- § 238 Nachstellung
- § 239 Freiheitsberaubung
- § 239a erpresserischer Menschenraub
- § 239b Geiselnahme
- § 239c Führungsaufsicht
- § 240 Nötigung
- § 241 Bedrohung
- § 241a politische Verdächtigung
- § 249 Raub
- § 250 schwerer Raub
- § 251 Raub mit Todesfolge
- § 252 räuberischer Diebstahl
- § 253 Erpressung
- § 255 räuberische Erpressung
- § 256 Führungsaufsicht, Vermögensstrafe und Erweiterter Verfall
- § 257 Begünstigung
- § 258 Strafvereitelung
- § 258a Strafvereitelung im Amt
- § 259 Hehlerei
- § 260 gewerbsmäßige Hehlerei; Bandenhehlerei
- § 260a gewerbsmäßige Bandenhehlerei
- § 261 Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte
- § 262 Führungsaufsicht
- § 263 Betrug
- § 263a Computerbetrug
- § 264 Subventionsbetrug
- § 264a Kapitalanlagebetrug
- § 265 Versicherungsmißbrauch
- § 265a Erschleichen von Leistungen
- § 265b Kreditbetrug
- § 266 Untreue
- § 266a Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt
- § 266b Mißbrauch von Scheck- und Kreditkarten

- § 267 Urkundenfälschung
- § 268 Fälschung technischer Aufzeichnungen
- § 269 Fälschung beweiserheblicher Daten
- § 270 Täuschung im Rechtsverkehr bei Datenverarbeitung
- § 271 mittelbare Falschbeurkundung
- § 273 Verändern von amtlichen Ausweisen
- § 274 Urkundenunterdrückung; Veränderung einer Grenzbezeichnung
- § 275 Vorbereitung der Fälschung von amtlichen Ausweisen
- § 276 Verschaffen von falschen amtlichen Ausweisen
- § 276a aufenthaltsrechtliche Papiere; Fahrzeugpapiere
- § 277 Fälschung von Gesundheitszeugnissen
- § 278 Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse
- § 279 Gebrauch unrichtiger Gesundheitszeugnisse
- § 281 Mißbrauch von Ausweispapieren
- § 282 Vermögensstrafe, Erweiterter Verfall und Einziehung
- § 283 Bankrott
- § 283a Besonders schwerer Fall des Bankrotts
- § 283b Verletzung der Buchführungspflicht
- § 283c Gläubigerbegünstigung
- § 283d Schuldnerbegünstigung
- § 284 unerlaubte Veranstaltung eines Glücksspiels
- § 285 Beteiligung am unerlaubten Glücksspiel
- § 286 Vermögensstrafe, Erweiterter Verfall und Einziehung
- § 287 unerlaubte Veranstaltung einer Lotterie oder einer Ausspielung
- § 288 Vereiteln der Zwangsvollstreckung
- § 289 Pfandkehr
- § 290 unbefugter Gebrauch von Pfandsachen
- § 291 Wucher
- § 303 Sachbeschädigung
- § 303a Datenveränderung
- § 303b Computersabotage
- § 303c Strafantrag
- § 304 gemeinschädliche Sachbeschädigung
- § 305 Zerstörung von Bauwerken
- § 305a Zerstörung wichtiger Arbeitsmittel
- § 315b gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr
- § 315c Gefährdung des Straßenverkehrs
- § 316b Störung öffentlicher Betriebe
- § 323c unterlassene Hilfeleistung
- § 331 Vorteilsannahme
- § 332 Bestechlichkeit
- § 333 Vorteilsgewährung
- § 334 Bestechung
- § 335 besonders schwere Fälle der Bestechlichkeit und Bestechung
- § 335a ausländische und internationale Bedienstete
- § 336 Unterlassen der Diensthandlung
- § 337 Schiedsrichtervergütung
- § 338 erweiterter Verfall

- § 339 Rechtsbeugung
- § 340 Körperverletzung im Amt
- § 343 Aussageerpressung
- § 344 Verfolgung Unschuldiger
- § 345 Vollstreckung gegen Unschuldige
- § 348 Falschbeurkundung im Amt
- § 352 Gebührenüberhebung
- § 353 Abgabenüberhebung; Leistungskürzung
- § 353a Vertrauensbruch im auswärtigen Dienst
- § 353b Verletzung des Dienstgeheimnisses und einer besonderen Geheimhaltungspflicht
- § 353d Verbotene Mitteilungen über Gerichtsverhandlungen
- § 355 Verletzung des Steuergeheimnisses
- § 356 Parteiverrat
- § 357 Verleitung eines Untergebenen zu einer Straftat
- § 358 Nebenfolgen